

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei des Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter **Fremdland**, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Inserionsgebühr

beträgt für die 5spaltige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Berliner Wohnungs- verhältnisse.)

III.
(Schluß)

Die Bewegung der Miethsfähe ist für die ar-
 titenden Klassen Berlins eine durchaus ungünstige zu
 nennen. Die Zahl der kleinen billigen Wohnungen im
 reise bis 150 M. ist von 1881 bis 1886 von 48 895
 44 957 gesunken, d. h. von 17,52 pCt. der Gesamt-
 it bis auf 13,95 pCt. Auch die Wohnungen von 150
 200 M. vermindern sich in dem genannten Zeitraum,
 881 betragen sie 16,50 pCt., 1886 nur noch 16,24 pCt.
 er Gesamttheit. Eine stete Zunahme dagegen zeigt sich
 i allen Wohnungen über 300 M., so stiegen u. a. die
 ohnungen von 200 bis 250 M. von 1881 bis 1886
 on 18,83 pCt. auf 15,66 pCt. der Gesamttheit aller
 ohnungen. Berthold giebt für die Zeit 1840 bis
 880 eine sehr anschauliche Uebersicht über den Gang
 er Miethspreise, die auf den Ermittlungen der Steuer-
 eputation beruht. Es betragen in Prozenten der Ge-
 ammtzahl die Wohnungen mit einem

Miethspreis	1840-41	1850	1860	1870	1880
Bis 90 M.	18,83	18,78	9,70	7,20	8,68
90-150 "	31,98	33,23	26,00	27,58	19,82
150-300 "	24,52	24,56	32,15	35,74	37,95
300-600 "	14,89	13,70	17,90	18,35	22,14
600-900 "	4,99	4,75	6,32	6,75	8,16
900-1200 "	2,20	2,14	3,01	3,45	4,51
1200-1500 "	1,16	1,04	1,68	2,07	2,80
1500-3000 "	1,40	1,41	2,38	3,30	5,22
3000-4500 "	0,37	0,89	0,77	0,69	1,15
über 4500 "	-	-	-	0,57	1,07

Auch diese vierzig Jahre umfassende Periode zeigt
 ne bedeutende Abnahme der Wohnungen im Preise bis
 50 M. und eine stetige Zunahme derjenigen im Preise
 über 150 M.

„Es besteht,“ sagt unser Gewährsmann, „zwischen
 n Gesamteinkünften einer Familie und den Ausgaben
 r die physische Erhaltung ein reger Zusammenhang, der
 e Regelmäßigkeit eines sozialen Gesetzes hat, welches
 utet: „Je geringer die Einkünfte, ein desto
 r höherer Theil muß verhältnismäßig für die phy-
 sischen Bedürfnisse aufgewendet werden.“ Dr. Schwabe
 at für Berlin 1867 das betreffende Verhältniß untersucht
 nd gefunden, daß z. B. bei jährlich 900 M. Einnahme
 1,1 pCt., bei 1500 M. 22,1 pCt., bei 2250 M. 20 pCt.,
 i 9000 M. 17,4 pCt., bei 12 000 M. 15,1 pCt., bei

22 500 M. 10,7 pCt. für Miete erforderlich sind.
 Und der frühere Leiter des königl. preussischen statistischen
 Bureau's, Engel, berechnet für die einfache Er-
 nährung einer Durchschnittsfamilie bei 900 M. Ein-
 kommen 71,5 pCt., bei 1500 M. 68 pCt., bei 2250 M.
 66,8 pCt., bei 4500 M. 60 pCt. Je höher die Mieths-
 fähe steigen, desto tiefer sinkt die Lebenshaltung der kleinen
 Leute, die von den Ausgaben für Kleidung, Gesundheits-
 pflege, Bildungszwecke, Erziehung der Kinder u. s. w.
 sparen müssen. Berthold hat eigene Erhebungen ange-
 stellt, die das Resultat lieferten, daß in Berlin die kleinen
 Leute „mehr als 1/3, vielfach 1/2 bis 1/3 ihres Einkommens
 für Miete ausgeben müssen“. Der Arbeiter zahlt in der
 Regel „eine höhere Miete, als dies nach dem Arbeits-
 verdienst unter Berücksichtigung der Ausgaben für seine
 physischen Bedürfnisse möglich ist“.

Der zunehmende Mangel an kleinen Wohnungen zwingt
 viele Arbeiterfamilien, sich größere Wohnungen für einen
 Betrag zu mieten, der außer allem Verhältniß zu ihrem
 Einkommen steht. Die Folge davon ist, daß sie Astern-
 miether, Schlafburschen, Schlafmädchen bei sich aufnehmen;
 in wie hohem Maße dies gerade in den von Proletariern
 bewohnten Berliner Quartieren geschieht, ist von uns
 bereits früher gezeigt worden. Derartige Zustände sind
 aber weder vom Standpunkt der Hygiene, noch vom
 Standpunkt der dem Bourgeois angeblich so theuren Moral
 als günstige zu bezeichnen.

Die Dichtigkeit der Bewohner nimmt stetig zu. Es
 gab Grundstücke mit

	1	2-5	6-10	11-20	21-30	über 30
1871	851	2885	3504	4886	1765	587
1875	797	3213	3890	5790	2134	813
1880	795	3197	4116	6388	2794	1228

Je dichter die Menschenmassen sich zusammendrängen,
 um so höher die Gefahr für die Volksgesundheit. Wie
 sollen in solchen dumpfen, engen, stickigen, lichtarmen Ge-
 lassen die Menschen gedeihen, wie können hier Kinder
 frisch und fröhlich aufwachsen? Von je 1000 Grund-
 stücken hatten im Jahre 1875 79 Grundstücke 1 bis 10
 Bewohner, 1880 wiesen nur 74 dies günstige Verhältniß
 auf; ebenso wiesen die Grundstücke mit 11 bis 20 Be-
 wohnern eine Abnahme von 106 auf 99, die mit 21 bis
 50 Bewohnern eine solche von 337 auf 322 auf. Da-
 gegen hatten von je 1000 Grundstücken 51 bis 100 Be-
 wohner 1875: 347, 1880: 355; 101 bis 150 in 1875:
 100, 1880: 112; über 150 im Jahre 1875: 31, 1880:
 38. Die Zahl der Astermiether betrug 1880: 1,45 auf
 eine Haushaltung; im Ganzen wurden in 61 029 Haus-
 haltungen 88 637 Astermiether gezählt.

Auch mit den Genüssen sei es vorüber, nicht einmal Schlechtes
 zu ihm, gewährt mehr Vergnügen.

— Amüsiert Du Dich etwa? fragte er schließlich seinen
 Freund.

Mouret war vom Erstaunen zur Entrüstung über-
 gegangen.

— Wie, ob ich mich amüsiere? rief er aus. Was redest
 Du da für krauses Zeug? Gewiß, ich genieße das Leben und
 selbst dann, wenn die Dinge schief gehen. Und dann erst recht,
 weil ich darüber wüthend bin, daß sie schief gehen. Ich bin ein
 leidenschaftlicher Mensch und nehme das Leben nicht so
 ruhig hin. Vielleicht ist es das, was mich daran interessirt.
 Dabei warf er einen Blick nach dem Salon und fuhr im
 Flüsterton fort.

— Ach, die Weiber haben mich schon zu vielen Dumm-
 heiten verleitet, ich gebe es zu. Aber, wenn ich eine habe,
 so halte ich sie auch fest; die Sache geht nicht immer schl
 und ich nehme mir meinen Theil heraus. Uebrigens sind
 es nicht die Weiber, die meinem Leben den Inhalt geben,
 denn zum Schluß mache ich mich doch nur lustig über sie.
 Man muß wollen und handeln, man muß etwas schaffen
 . . . Du hast eine Idee, Du kämpfst für dieselbe, Du
 treibst sie den Leuten mit Hammer und Meißel in den Schädel,
 Du siehst sie wachsen und triumphiren. Ach ja, mein Alter,
 ich unterhalte mich ganz gut.

Die ganze Freude der Thätigkeit, die ganze Heiterkeit
 der Existenz klang aus seinen Worten hervor; er wieder-
 holte einigemal, daß er ein Sohn der Zeit sei. In der That,
 meinte er, es müsse Einer schlecht gebaut, gebredlich sein
 und einen hohlen Schädel haben, um nicht irgend etwas an-
 zufangen in einer Zeit, wo es so viel zu arbeiten gebe und
 wo das ganze Jahrhundert an dem Aufbau der Zukunft
 beschäftigt sei. Und er machte sich weidlich lustig über die

Als überfüllte Wohnungen gelten nach
 Neese die Wohnungen mit keinem und diejenigen mit
 einem heizbaren Zimmer, in denen 6 und mehr Be-
 wohner, und die Wohnungen mit 2 heizbaren Zimmern,
 in denen 10 und mehr Bewohner sich aufhalten. Nach
 dieser Annahme wären 1875 von 166 043 kleinen Woh-
 nungen 22 823, 1880 von 198 640 22 890 überfüllert
 gewesen. In den kleinen Wohnungen befanden sich 1875
 685 328 Menschen, in den überfüllerten 162 492; für
 1880 wurden 790 425 bezw. 159 639 Bewohner fest-
 gestellt. Aber Berthold weist mit Recht darauf hin, daß
 der Maßstab des Herrn Neese viel zu weit gegriffen
 ist, daß an diesem Maßstab gemessen die Zustände bei
 Weitem günstiger erscheinen als sie in der näch-
 tern Wirklichkeit sind. Aber es ist nun einmal die Art
 Neese's, des Breslauer Statistikers, Alles, was Löhne
 und Lebensverhältnisse der Arbeiter
 betrifft, in rosenrother Farbe zu malen. Er und seine
 gläubigen Leser würden sich sicher dafür bedanken, die
 Wohnungen zu benützen, welche sie für noch nicht über-
 völkert halten. Eine Wohnung mit keinem heizbaren
 Zimmer, in welcher fünf Personen hausen, ist nach Neese
 normal!

Berthold trifft das Richtige, wenn er sagt: „Als
 Normalverhältniß wird eine gleich hohe Zimmer- und
 Bewohnerzahl gelten dürfen; eine glückliche Lage, in der
 sich 1880 nur 186 600 Berliner befanden. 1880 zählte
 aber die Reichshauptstadt 1 122 830 Einwohner!“

Doch angenommen, daß eine mäßige Häufung der
 Bevölkerung bis zum Doppelten zulässig erscheinen, so
 muß als eine übermäßige Häufung, d. h. als Ueber-
 völkert gelten, wenn das Doppelte überschritten worden.
 Es ist, von diesem Standpunkt aus betrachtet, eine Ueber-
 völkert dann vorhanden, wenn mehr als zwei Personen
 in einem heizbaren Zimmer (die nicht heizbaren halb ge-
 rechnet), mehr als vier Personen in zwei heizbaren Zimmern,
 bezw. zwei Personen in einem nicht heizbaren Raume
 wohnen. Es hat sich hiernach für 1880 ergeben, daß in
 Berlin 640 600 Einwohner in überfüllerten Woh-
 nungen sich befanden. Mehr als vier Bewohner pro
 heizbares Zimmer gab es 1880 in 209 331 Fällen, d. h.
 19,1 pCt. der Gesamtbevölkerung.

Wir sind am Ende unserer Betrachtung. Die Uner-
 quidlichkeit der Wohnungsstände des werththätigen Volks
 in Berlin tritt klar zu Tage. Je schärfer der Gegensatz
 zwischen Reich und Arm wird, desto ärger werden auch
 die Folgeerscheinungen des Kapitalismus werden, desto
 größer wird also auch die Wohnungsnoth.

Aber das Proletariat, zusammengeballt in seinen

Verzweifelten, über die Degoutirten und Pessimisten, die in-
 mitten der ungeheuren Werkstätte unserer Zeit die weiner-
 liche Miene eines Poeten oder die Schmolliene des Skeptikers
 annehmen. Das ist eine saubere Rolle, angefehlt der
 Arbeit der Uebrigen: sich hinstellen und vor Langeweile
 gähnen!

— Das ist mein einziges Vergnügen: vor den Anderen
 zu gähnen, sagte Ballagnose mit einem kühlen Lächeln.

Mouret nahm einen wärmeren Ton an.

— Ach, dieser liebe alte Paul, immer der nämliche
 paradoxale Mensch! wir haben uns doch nicht wieder gefun-
 den, um uns zu streiten. Glücklicher Weise hat Jeder seine
 eigenen Ideen. Aber ich muß Dir einmal meine Maschine
 in Bewegung zeigen, Du sollst sehen, daß die Sache gar
 nicht so dumm ist. So erzähle mir doch etwas Neues. Ich
 hoffe, Deine Mutter und Deine Schwestern befinden sich
 wohl. Es hieß ja, daß Du vor sechs Monaten in Plassans
 Dich verheirathet habest?

Eine plöbliche Geberde Ballagnose's unterbrach ihn.
 Und da Mouret merkte, daß der Andere mit unruhigen
 Blicken im Salon umhersehau, wandte er sich um und
 bemerkte nun, daß Fräulein von Bovés kein Auge von
 ihnen ließ. Blanche war groß und stark und ihrer Mutter
 sehr ähnlich, nur, daß bei ihr das Gesicht schon jetzt
 zur Verfettung neigte und dadurch die Züge ver-
 schwammen. Mouret befragte ihn biskelet, worauf Paul
 erwiderte, daß noch nichts bestimmt sei und daß vielleicht
 auch nichts daraus werden werde. Er habe die junge Dame
 bei Mme. Desforges kennen gelernt, zu der er im vorigen
 Winter häufiger gekommen sei, während er jetzt nur seltener
 im Hause erscheine; letzterer Umstand erkläre auch, wie es
 gekommen, daß er Octave noch nicht begegnet war. Er
 habe auch Zutritt zur Familie Bovés, fuhr er fort, und er

Feuilleton.

(Druck verboten.) [12

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Er ward berebtsam, seine Stimme hatte an Wärme ge-
 wonnen; Henriette, welche den Thee servierte, wandte den
 Kopf nach ihm um. Als er sah, wie sie lächelte und als
 er merkte, daß auch noch zwei andere Damen im großen
 Salon seinem Gespräch lauschten, verließ er seiner Stimme
 neuen helleren heiteren Klang.

— Kurz, mein Alter, jeder Kaufmann, der heute auf-
 tritt, steckt in der Haut eines Millionärs.

Ballagnose lehnte sich bequem in's Kanapé zurück. Er
 hatte die Augen halb geschlossen und saß in einer Pose der
 Ermüdung und Geringschätzung da, die der Affektation nicht
 vollkommen entbehre.

— Pah, murmelte er, das Leben verdient nicht so viel
 Nähe; es giebt ja keinen rechten Spaß mehr!

Und da Mouret empört über so viel Gleichmuth, ihn
 überstaut ansah, sagte er hinzu:

— Was kommen will, das kommt, gleich viel, ob man
 etwas dazu thut oder nicht.

Und nun legte er seine pessimistischen Ansichten dar.
 Er hatte einen Augenblick davon geträumt, sich auf dem Ge-
 biete der Literatur zu versuchen, allein aus seinem Umgang
 mit den Poeten sei ihm eine Verzweiflung an Allem zurück-
 geblieben. Sein letztes Wort war stets, daß alle Anstren-
 gungen vergebens wären, weil die Welt gar zu blöde sei.

Massenquartieren, feinen Zinskafnern, feinen jammer- vollen Schlupfwinkeln, wird zugleich immer nachhaltiger, tiefer, gewaltiger von der Einsicht in seine Klassenlage er- griffen. Klassenbewußtsein und Solidarität führen es unter das kühn flatternde, stolze Panier der Arbeiter- partei, die nicht mit Palliativmitteln und Quackalbereien biderber Wohnungs- und Bodenreformerei, sondern mit der Waffe der demokratischen Sozialreform die soziale Misere bekämpft. Ist die Produktionsweise umgestaltet, sind die Klassegegensätze beseitigt, dann vergehen die sekundären Uebel des herrschenden Systems, auch die Woh- nungsnoth, wie Schnee vor der Frühlingssonne.

Politische Uebersicht.

Ueber die Konferenz, welche die sozialdemokratische Fraktion am vorigen Sonntag in Halle a. S. gehabt hat, wird uns von einem Fraktionsmitglied geschrieben:

In der gegnerischen Presse finden sich Berichte über die Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, in denen davon die Rede ist, „daß die Meinungen über die Freie des 1. Mai d. J. weit auseinander gingen“, und daß schließlich ein „Kompromiß zu Stande gekommen sei, um den in der Fraktion befindlichen Miß zu verkleinern“.

Dem gegenüber erscheint es geboten, festzustellen, daß die Verhandlungen die vollständigste Uebereinstimmung bezüglich der Nothwendigkeit, am 1. Mai d. J. zu Gunsten der nationalen und internationalen Arbeiterschuh-Gesetzgebung zu manifestiren, ergeben haben, und daß weder „ein Miß zu verkleinern“, noch ein Kompromiß abzuschließen war.

Die Konferenz, welche unter Vorsitz des Abgeordneten Singer beriet, war zahlreich besucht und faßte ihre Beschlüsse mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität, so daß dieselben ein hochehrwürdiges Zeichen der Einmüthigkeit bilden und alle Hoffnungen der Gegner auf „Spaltung“ und „Uneinigkeit“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei und ihrer Leitung zu Schanden machen.

Dem Abg. **Rebel** ging aus Adelaide in Südastralien folgender Brief zu, den wir des allgemeinen Interesses halber, den er für die Partei hat, wörtlich zum Abdruck bringen. Der Brief zeigt, welcher großen Eindruck überall auf dem Erdenrund, wo Arbeiter sich befinden, der Ausfall der Wahlen am 20. Februar machte:

Adelaide, S.-A., den 5. März 1890.
Geehrter Herr! Den Unterzeichneten gereicht es zur besonderen Freude, Veranlassung zu haben, diesen Brief an Sie zu richten.

Im Laufe der letzten Woche wurde hier durch die Kabel- telegramme der englischen Zeitungen bekannt, daß die sozial- demokratische Arbeiterpartei Deutschlands wiederum einen groß- artigen Sieg errungen, die abgegebenen Stimmen sich wiederum fast verdoppelt und über dreißig Kandidaten eine Majorität erhalten haben, welche Nachricht auch hier von den Arbeitern mit Jubel und Genugthuung begrüßt wurde. Diese Freude fand ihren Ausdruck darin, daß in der am Montag, den 3. März, abgehaltenen Versammlung des „Südaustralischen Allgemeinen Deutschen Vereins“ folgender Beschluß nach kurzer Debatte einstimmig gefaßt wurde: „Der Süd- australische Allgemeine Deutsche Verein beglückwünscht herzlich die sozialdemokrati- sche Arbeiterpartei Deutschlands zu ihrem Erfolg bei den letzten Wahlen und sendet diesen Glückwunsch als ein Zeichen, daß die deutschen Arbeiter auch in der neuen Heimath die große Sache der Sozialdemokratie nicht vergessen haben.“

Dieser Beschluß zur Ausführung zu bringen, ist der Zweck dieses Briefes, welcher an Ihre Adresse gerichtet ist, in der Ueberzeugung, daß durch Sie dieser Beschluß die größte Ver- breitung in der Partei finden wird. Da der S. A. Allg. D. Verein in Deutschland unbekannt sein dürfte, so erlaube ich Sie uns wohl hier einige Worte über denselben. Der im Jahre 1888 von einigen Arbeitern gegründete, auf freier Basis be- ruhende S. A. Allg. D. Verein ist zu einem Zusammenkunft- ort der deutschen Arbeiter geworden und zählt zur Zeit etwa 870 Mitglieder. Der Verein steht auf eigenen Füßen, hat eigene große Lokalitäten in Gay's Arcade, Adelaide, und ist im Besitze einer wertvollen Bibliothek, welche nahe an 1000 Bände umfaßt und stark benutzt wird. Um zu zeigen, welcher Geist in diesem Verein herrscht, wollen wir noch erwähnen,

daß am hundertjährigen Jahrestage der Festsetzung der Verfassung eine große öffentliche Gedenkfeier stattfand, an welcher sich Deutsche, Engländer und Franzosen stark beteiligten, so daß die hiesigen Zeitungen gezwungen wurden, längere Berichte über dieselbe zu bringen.

In der Hoffnung, daß bald alle Arbeiter zum Klassen- bewußtsein kommen, zeichnen wir
sozialdemokratischem Gruß
S. Hanold, Karl Wiese,
Vorsitzender, Schriftführer,
Karl Barth,
Bibliothekar.

Der Wurm, welcher nicht sterben kann. Der Termin in Sachen des Diebstahlschen Bannbruchs ist vom 18. d. Mts. auf den 2. Mai verlegt worden, weil vorher noch eine gericht- liche Vernehmung des Angeklagten statt haben muß, der bisher nur polizeilich vernommen worden ist (auf dem Bahnhof Frank- furt).

Der Geschenkwurf über die Arbeiterschuhgesetzgebung ist nach dem „Berl. Pol. Nachr.“ dem Bundesrath zugegangen.

Ein aufrührerischer Auf (ori seditieux) seitens eines Deutschen auf französischem Gebiet nahe der elsass-lothringischen Grenze, welcher über die Grenze hinweg erschallt und in Elsas- Lothringen gehört wird, ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 1. Strafsenats, vom 23. Dezember 1889, ebenso strafbar wie der im elsass-lothringischen Gebiet selbst ausgeübte Auf. Es findet darauf das in Elsas-Lothringen geltende Strafgesetz vom 25. März 1822, Art. 8, Anwendung.

In Bezug auf den deutsch-schweizerischen Nieder- lassungsvertrag erfährt die Schweizer Handelszeitung aus angeblich besserer Quelle, daß die Verhandlungen schon im nächsten Monat wieder beginnen sollten, während andere Blätter dies dementiren. — Es wird ja ein Leichtes sein, bei Beginn der Reichstagsession darüber Klarheit zu erhalten.

Von der Intoleranz der Geistlichen hat man schon viel gehört. Eins der stärksten Stüchchen ist aber vor kurzem in Lausitz passiert, wo der Geistliche einem von der ersten Frau geschiedenen Mann, der sich mit der zweiten nicht kirchlich hatte trauen lassen, das Abendmahl wegen — Ehebruchs verweigerte! Der Mann hat die richtige Ant- wort gegeben, er ist aus der Kirche ausgetreten. Eine Be- schwerde an die vorgesetzte Behörde wäre bei der herrschen- den Strömung aussichtslos gewesen.

Die aus sächsischen Militärvereinen ausgeschlossenen Sozialdemokraten werden auf Herausgabe ihrer eingezahlten Beiträge klagen, die meistens ziemlich hoch sind, da seit einem guten Jahrzehnt, d. h. seit die Verheerung der ver- schiedenen Volksklassen gegeneinander in die Mode gekommen ist, keine Sozialdemokraten sich mehr in Militärvereine haben aufnehmen lassen. Die Statuten der sächsischen Militär- vereine sind eben so gehalten, daß sozialdemokratische Ge- sinnung nicht als Grund betrachtet werden kann, jemanden seiner Einzahlungen zu berauben. Auf die bevorstehenden Prozesse darf man gespannt sein. Uebrigens vegetiren viele der sächsischen Militärvereine bloß noch. Namentlich die im sächsischen Erzgebirge, wo die sozialdemokratische Bevölkerung stark überwiegt.

Offenburg, den 14. April. Der „Frei. Ztg.“ wird ge- schrieben: Welche Praxis das Groß- Ministerium des Kultus und der Justiz beobachtet, dafür ein belehrendes Beispiel. Re- dakteur Sed hier, der wegen eines politischen Vergehens nach Abzug der Untersuchungshaft noch 60 Tage Gefängnis zu ver- büßen hatte, erbat sich vom Ministerium die Erlaubniß, diese Strafe im hiesigen Gefängniß, wo solche bis zu 4 Monaten ver- büßt werden, abtun zu dürfen, um in der Nähe des Geschäftes zu sein, dessen einziger Inhaber er ist. Das Ministerium ver- wies das Gesuch und der Redakteur mußte in das Gefängniß Freiburg. Dagegen gewährte dasselbe Ministerium einem Frei- burger Geschäftsmann, welcher wegen einer betrügerischen Hand- lung eine Gefängnisstrafe im Landesgefängniß verbüßen sollte und nicht haben wollte, daß man in Freiburg von seinem Straf- antritt erlährt und spricht, die Bitte, im Gefängniß zu Offen- burg seine Schuld abzuhängen. Redakteur Sed wandte sich auf den Rath der Landes-Gefängnisdirektion Freiburg, insbesondere des Anstaltsgeistlichen Kraus, an das Justizministerium wegen Gewährung irgend einer Zeitung zur politischen Information, um nach beendeter Strafzeit seinen Berufsgeheimnissen als politischer Schriftsteller nachkommen zu können (dem Herrn Forrer Kraus obliegt nämlich die Sorge für das berufliche Fortkommen entlassener Gefangener). Das Ministerium verwarf zum Erlaunen der Freiburger Verwaltung die Bitte um Zeitungs- lektüre, gestattete nicht einmal diejenige des Regierungsorgans, genannt „Karlsruher Zeitung“. Vorher wurde einem politischen Gefangenen von kaufmännischem Berufe wenigstens das Wochen- blatt der „Frankfurter Zeitung“ gewährt, etwaiger anderer Fälle

nicht zu gedenken. Redakteur Sed mußte sich deshalb ein- eifriger der Fabrikation von Papierfäden und Düten zu- widmen. Die Behandlung seitens der Gefängnisdirektion war eine wegen der an das Ministerium eingereichten Anfragen fast gefangene Redakteur dem Ministerium an Sporteln aller 36 M. entrichtete, eine Summe, die den Verpflegungskosten der ganzen Strafhast nahe steht. In der Gefängnisordnung steht geschrieben, daß sich der Gefangene mit Anfragen an die vorgesetzten Behörden wenden dürfe. Leider vermag beizufügen, daß die Antwort „Nein“ von der obersten mit Taxen von 10 bis 10 M. belegt ist — für diejenigen bezahlen können.

Rudolstadt, 15. April 1890. Am 13. d. Mts. wurde Nr. 15 des „Thüringer Volksblatt“ wegen des der „Volks-Tribüne“ entnommenen Artikels „Der Antheil der an der gesteigerten Produktion“ polizeilich beschlagnahmt.

Aus Sachsen, den 16. April, wird uns geschrieben: Die Entscheidungen der sächsischen Gerichte in Fragen Sozialdemokraten betreffen, werden immer seltsamer, mittelbar nach der Reichstagswahl hatten 2 Spinne einer Mittweidener Fabrik eines Tages zwei kleine or- namentale farbene Papierfäden an ihren Maschinen angehängt und zwar waren diese Fäden aus Zetteln gefertigt, die Arbeiter zum Auszeichnen der Garne gebraucht wurden, weshalb dem Bürgermeister denunziert und verurtheilt sie, ohne sie gehört zu haben, zu sieben Tagen und zwar wegen Anbringung republikanischer Abzeichen. Die Arbeiter erhoben Einspruch vor dem Landgericht in die gleiche Strafe verurtheilt worden. Wird die Angelegenheit das Oberlandesgericht beschick- und man darf gespannt sein, ob auch dieses die Or- namente der Fäden als republikanisch ansieht und die Verurtheilung bestätigt. Wenn man an den letzten Reichstagsverhandlungen erinnert, daß ein schwarz-weiß-roth bedrucktes Taschentuch von der Tribüne des Reichstags gezeigt wurde, das sächsischen Oberlandesgericht als roth angesehen wurde (darauf hin ist die Verurtheilung seines Trägers erfolgt worden) so ist die Neugier über das Urtheil im vorlie- genden Falle wohl gerechtfertigt.

Auch in der Bestrafung des Boykotts zeigt sich in den verschiedenen sächsischen Landgerichten gegenwärtig rührende Uebereinstimmung. Das Chemnitzer, Beipziger und Dresdener Gericht haben bis jetzt die öffentlichen Verurtheilungen, die ihnen zur Aburtheilung vorlagen, fast sämmtlich angefallen. Das Oberlandesgericht, das früher ein- stimmig urtheilte, wird auch hier zu entscheiden haben. Thümlich ist nur, daß die Staatsanwaltschaften und in Sachsen so eifrig den Boykott, der von den Sozial- demokraten ausgeht, verfolgen, aber keinen Schritt thun, verfolgen, wenn er von anderer Seite geübt wird. So uns eine Beilage des „Börsenblattes“ für den deutschen Handel vor, das laut Bericht des Rechnungsaus- schusses der deutschen Buchhändler am 15. März 1890 2447 Exemplare und zwar an 1418 Mitglieder des Börsen- eins und 1029 Nichtmitglieder verfaßt wurde. In die- sem werden die Buchhändler angewiesen, den in demselben bezeichneten Buchhändlerfirmen bis zu anderweiter Ver- ordnung des Vorstandes, gar nicht oder nur unter be- schränktem Rabatt zu liefern, und zwar innerhalb der in die- sem erklärt Fremden sich an den „Börsenverein“ normirten Verkaufspreise der Bücher- binden. Hier liegt also ein Boykott in optima forma vor, der Jahr für Jahr durch alle Nummern des „Börsen- vom Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buch- drucker geübt wird, ohne daß bis jetzt ein staatsanwaltliches darnach trächte. Die Verurtheilungen der Sozialdemo- wegen Boykotts dürfte wohl der einen oder anderer geachteten Firmen nahe legen, die Leipziger Staats- schaft auf diese Vorgänge im Börsenverein aufmerk- machen, um feststellen zu lassen, ob den Herren im Börsenverein erlaubt sein soll, was den Sozialdemokraten verboten ist.

Die Forderung unserer Parteigenossen im Landtage, das Schulgeld aufzuheben, finden endlich in „Dresdener Nachrichten“ gerechtfertigt. Sie schreiben: Preußen ist bereits das Schulgeld in den Volksschulen gehoben. Auch Sachsen wird sich auf die Dauer dieser regel nicht entziehen können.“ Das meinen wir. Unserem Kultusminister wird aber die Beantwärtung dieser Maßregel um deswillen besonders schwer fallen, weil vier Jahren, als die Forderung sozialdemokratischer

liebe besonders den Vater, einen sehr liebenswürdigen Herrn, einen ehemaligen Lebemann, der sich jetzt in die Administration zurückgezogen habe. Uebrigens sei kein Ver- mögen da; Madame de Boves hat ihrem Gatten nichts, als ihre junonische Schönheit zugebracht, die Familie lebte nur kümmerlich von einem mit Schulden belasteten Landgute, zu welchem noch 9000 Franks hinzukommen, die der Graf als Generalinspektor der Gesteine bezieht. Unter solchen Um- ständen sind die Damen, Mutter und Tochter natürlich in Geld sehr beschränkt und es kommt gar nicht selten vor, daß sie ihre Roben selber ausbessern und umändern.

— Also, wo steckt denn die Schwierigkeit? fragte Moutret.

— Mein Gott, wir werden ja auch ein Ende machen müssen, sagte Ballagnose in müdem Tone. Aber wir haben noch einige Hoffnungen, wir erwarten das Wohlwollen einer alten Tante.

Moutret hatte mittlerweile Herrn v. Boves nicht aus den Augen gelassen, der sich sehr angelegentlich mit Mme. Guibal zu beschäftigen schien. Moutret wandte sich jetzt zu seinem Freunde und blinzelte so bedeutungsvoll auf die Beiden hinüber, daß Ballagnose sich veranlaßt fühlte, zu sagen:

— Nein, nicht diese ... wenigstens jetzt noch nicht ... Das Malheur ist, daß er fortwährend dienstlich im ganzen Lande herumreist, um die Hengsten-Depots zu besichtigen und fogleich stets Vorwände hat, zu verschwin- den. Vorigen Monat, während seine Frau ihn in Perpignan glaubte, lebte er mit einer Klavierlehrerin in einem Vorstadt-Hotel.

Sie schwiegen jetzt eine Weile, dann, nachdem Paul die Galanterien des Grafen beobachtet hatte, fügte er hinzu:

— Meiner Frau, Du kannst Recht haben, umso mehr, als man sich erzählt, daß die liebe Dame gar nicht grausam ist. Man erzählt ein sehr drolliges Abenteuer, das sie mit einem Offizier gehabt haben soll ... Aber schau ihn nur an: ist es nicht komisch, wie er sie mit den Augenwinkeln magnetisirt? Das ist Affenreich, mein Lieber! Ich liebe diesen Mann und wenn ich seine Tochter heirathe, so ge- schieht es nur feinelthalben!

Moutret lachte vergnügt und als er hörte, daß die erste Idee einer Heirath zwischen ihm und Blanche von Madame Desforges herstamme, fand er die Geschichte noch besser. Die gute Henriette fand ein Vergnügen daran, die Leute zu ver- heirathen, so sehr, daß, wenn sie die Töchter versorgt hatte, sie die Väter unter den Damen ihrer Bekanntschaft Freundinnen wählen ließ, natürlich alldies mit voller Wahrung des Anstandes, ohne daß die Welt jemals Stoff zu Skandalen dabei ge- funden hätte.

Jetzt erschien sie eben in der Thüre des kleinen Salons, gefolgt von einem ungefähr sechzigjährigen Herrn, dessen Eintritt die beiden Freunde nicht bemerkt hatten. Im Ge- spräch der Damen da drin ertönte von Zeit zu Zeit ein hellerer Ton; das Geklirr der Theelöffel bildete die Be- gleitung dazu. Ein Strahl der hinter den Wolken plötzlich hervorbrechenden Abendsonne vergoldete die Wipfel der Kastanienbäume des Tuileriengartens, drang dann in Form eines Goldstaubes durch die Fenster in den Salon und schien den Brokatelstoff der Möbel in Brand zu stecken.

— Hier, lieber Baron, sagte Mme. Desforges. Ich stelle Ihnen Herrn Oktave Moutret vor, der das lebhafteste Verlangen hat, Ihnen seine Hochachtung zu bezeugen.

Dann wandte sie sich zu Octave und fügte hinzu:

— Herr Baron Hartmann.

Auf den Lippen des Grafen erschien ein feines Lächeln. Er war ein kleiner lebhafter Mann, mit einem großen eisernen Kopf, das dicke Antlitz bei der geringsten Falte des Mundes, bei dem leichtesten Winkeln der Augen von einer Flamme der Intelligenz aufgehellte. Seit zwei Wochen widerstand er dem Verlangen Henriettes, welche von ihm diese Zusammenkunft forderte; nicht, als ob er allzu eifer- süchtig gewesen wäre, hatte er sich ja doch schon in seine Rolle des beschützenden Vaters gefunden — sondern, weil dies schon der dritte Freund war, mit welchem Henriette ihn bekannt gemacht hatte und weil er fürchtete für die Dauer lächerlich zu werden. Deswegen war, als er Octave näher trat, das seine Lächeln auf seinen Lippen erschienen, welches besagen wollte, daß er, der reiche Protektor, sich wohl liebenswürdig zeigen, aber keineswegs betrogen sein wolle.

— O, mein Herr, sagte Moutret mit seinem gewöhnlichen Enthusiasmus, die letzte Operation des Grafen mobilier ist wahrhaft eritaunlich gewesen! Sie glauben nicht, wie glücklich und stolz ich bin, Ihnen die Hand zu drücken.

— Zu liebenswürdig, mein Herr, zu liebenswürdig wiederholte der Baron lächelnd.

Henriette betrachtete die Beiden mit ihren Karren ohne jede Verlegenheit. Sie blieb bei ihnen, er- schaute ihren schönen Kopf und ging bald zu dem Einen, bald zum Andern; sie trug eine Spitzenrobe, welche ihre feinen Knöchel und ihren schön gebauten Hals sehen ließ. Sie schien entzückt zu sein, als sie die beiden Herren sich unterreden sah.

— Meine Herren, sagte sie schließlich, ich überlasse nun Ihrem Gespräch.

Dann wandte sie sich zu Paul, der sich erhoben und sagte hinzu:

— Eine Tasse Thee gefällig, Herr v. Ballagnose?

— Wird dankend angenommen, Madame.

Beide kehrten nun in den Salon zurück.

Moutret setzte sich nun wieder auf das Kanapee dem Baron Hartmann schon Platz genommen hatte. Der junge Mann erging sich in neuen Lobsprüchen über die Operation des Credit immobilier. Dann kam er zu dem Gegenstand zu sprechen, den er auf dem Herzen hatte sprach von der neuen Strafe, von der Verklärung der Rue de la Muette, von welcher ein Theil unter dem Namen der Place de l'Opera demächst erbaut werden sollte. Die Expropriation war seit 18 Monaten im Gange und die Jury sollte demächst ausgelost werden, die ganze Stadtviertel interessirte sich leidenschaftlich für diese riesige Demolition, für den Zeitpunkt des Beginns der Arbeiten und für diejenigen Häuser, welche der Verklärung weicht seien. Er, Moutret, warte nun schon seit zwei Jahren auf diese Arbeiten, vor Allem, weil er einen Theil der Geschäfte voraussieht, ferner, weil er sein Capital vergrößern sucht, in einem Maße, welches er kaum zu stehen magt. Nachdem die Rue de la Muette im Dezember

stellt wurde, die Unflughet beging, dieselbe als eine „sozialistische“ zu bezeichnen, die nie seine Zustimmung finden würde. Sozialdemokratischerseits gedenkt man für die im Herbst 1891 wieder beginnende Landtagsession eine allgemeine Agitation für die Beseitigung des Schulgeldes ins Leben zu rufen. Regierung und Landtag sollen nicht im Zweifel darüber gelassen werden, was in dieser Frage die Stimmung des Landes ist.

Im Plauen'schen Grunde beginnen auf den Freiherren v. Burg'schen Kohlenzechen die Wahregelungen der Arbeiter, soweit dieselben dem „Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter“ sich angeschlossen haben. Herr v. Burg liebt es bisher sehr, den „Arbeiterfreund“ hervorzuführen. Diese Arbeiterfreundlichkeit dauert aber hier wie anderwärts eben nur so lange, als die Arbeiter vor ihren Herren auf dem Bauche liegen und sie als ihre Wohlthäter preisen. Ein selbstständiger Arbeiter ist dem Unternehmertum ein Gnebel.

In der „Baumlüthepartie“ der Dresdener Arbeiter am letzten Sonntag beteiligten sich über 4000 Personen. Eine sehr süße Demonstration wurde dem Wiener'schen Mühlenetablisement im Plauen'schen Grunde dargebracht. Als die Scharen hier vorüberzogen, ertönten tausendstimmig die Rufe: „Die Madenmühle hoch!“, „Mademüller heraus!“ Die Besitzer hüteten sich aber, dieser Aufforderung Folge zu leisten.

Ein Strafgesetz gegen Ringe und Kartelle ist nach den neuesten Nachrichten von der Legislatur des Staates Zoua am 31. März angenommen worden. Die neue „Anti-Trust-Bill“ verbietet geschäftliche Kombinationen zum Zwecke der Regulierung von Preisen und der Beschränkung der Produktion. Uebertretungen sollen mit einer Geldstrafe von 500 bis 5000 Dollars und mit Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet werden; Korporationen, welche sich einer solchen Vereinigung anschließen, sollen ihr Privilegium verlieren. — Wir glauben nicht an die Wirksamkeit eines derartigen Gesetzes. Die Kapitalisten finden leicht Mittel und Wege, solche Bestimmungen zu umgehen, entweder, wie es in Amerika üblich ist, einfach auf dem Wege der Bestechung, oder dadurch, daß eine neue Form für dieselbe Sache gefunden wird. Interessant an der Beschränkung der Trusts ist nur die Kleinbourgeoisie, die sich gegen die übermächtige Konkurrenz des koalirten Großkapitals zu schützen sucht. Die Arbeiter dagegen sehen in der Bildung von Ringen und Kartellen nur eine Verschleimung des Aufhäufungsprozesses des Kapitals in immer weniger Händen. Und das ist eine notwendige Vorbedingung für die Emanzipation des Proletariats.

Wer ist Fischler? In französischen Blättern findet sich ein Brief aus Deutschland an „die sozialistischen Bauern von Vaucuse“. Der undatierte Brief, der übrigens nur bekannte französische Schlagwörter enthält, ist unterzeichnet: „Der Sekretär der sozialistischen Ligue Deutschlands, Fischler“. Und dieser „Fischler“ spricht „im Namen aller sozialistischen Reichstagsabgeordneten und der Mitglieder der sozialistischen Ligue Deutschlands“. Da es in Deutschland keine „sozialistische Ligue“ gibt, und da wir keinen „Fischler“ kennen, noch dazu einen, der sich des Vertrauens „aller sozialistischen Reichstagsabgeordneten“ erfreute, so fragen wir: wer ist Fischler? Jedenfalls seien die französischen Genossen vor derartigen Fischlern gewarnt, die mitunter auch einen anderen Namen haben. Und ein für allemal sei den Sozialisten des Auslands mitgeteilt, daß es in Deutschland abseits der sozialdemokratischen Partei keine — wenigstens keine Partei sich öffentlich als solche bezeichnende — Sozialisten gibt, außer Staatssozialisten und — Polizeisozialisten.

Der „Reichsanzeiger“ enthält folgendes Verbot: Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 in Verbindung mit der Ministerial-Bekanntmachung vom 25. desselben Monats wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nr. 15 der in Druck und Verlag von Arthur Hoffmann hier erschienenen periodischen Druckschrift: „Thüringer Volksblatt, Organ für Jedermann“, sowie das fernere Erscheinen der vorgenannten Druckschrift nach § 11 des Eingangsgedachten Gesetzes von Landespolizeiwegen verboten worden ist. Rudolstadt, den 16. April 1890. Der Bäuerlich-schwarzburgische Landrath. v. Holleben.

Oesterreich-Ungarn.
Von den 1940 Wäderegehäusen im Prager Rayon hielten gestern 922 auf der Schöneninsel eine Versammlung ab,

de Choiseul und die Rue de la Michobière durchschneiden sollte, sah er schon im Geiste das Modehaus „Zum Glück der Damen“ den ganzen Komplex einnehmen, welcher von diesen Straßen und von der Straße Neuve-Saint-Augustin begrenzt ist; er sah das Haus schon im Geiste mit einer palastartigen Fassade auf die neue Straße, das ganze neu erstehende Stadtviertel beherrschend. Und daher stammte sein lebhaftes Verlangen, den Baron Hartmann kennen zu lernen, als er erfahren, daß der Crédit immobilier kauft eines Vertrages mit der Bauverwaltung die Demolirung und den Aufbau der Rue du dix Décembre übernommen hätte, unter der Bedingung, daß man ihm die dazwischen liegenden Grundstücke überlassen würde.

— Ist es wahr, wiederholte er, ein natives Erstaunen heuchelnd, ist es wahr, daß Sie ihnen die Straße ganz fertig mit den Ausgüssen, Trottoirs und Gaslaternen liefern werden und daß die Grundstücke genügen werden um Sie zu entschädigen? Das ist seltsam, sehr seltsam!

Endlich kam er zu dem delikaten Punkte. Er hatte erfahren, daß der Crédit immobilier im Geheimen die Häuser der Umgebung des Hauses „Zum Glück der Damen“ aufkaufe, nicht nur diejenigen, welche der Spitzhake zum Opfer fallen sollten, sondern auch die übrigen, jene, welche stehen bleiben sollten. Und er witterte hinter diesem Umstande irgend ein künftiges Unternehmen. Er war besorgt hinsichtlich der Vergrößerungen: er träumte, er fürchtete eines Tages auf irgend eine mächtige Gesellschaft zu stoßen, die Eigentümerin von Immobilien, die sie sicherlich nicht mehr aus Händen geben würde. Diese Furcht war es vor Allen, die ihn bewogen hatte, sich so rasch als möglich mit dem Baron in Bekanntschaft zu setzen, und zwar durch die lebenswürdigen Bande einer Frau, die so mächtig sind unter galanten Männern. Er hätte sicherlich den Baron auch in seinem Arbeitskabinett aufsuchen können, um mit ihm über das große Geschäft, das er ihm vorschlagen wollte, zu plaudern. Aber er fühlte sich stärker bei Henriette, er wußte wohl, wie sehr der gemeinsame Besitz einer Maitresse zwei Männer einander näher bringt und für einander günstig stimmt.

— Haben Sie nicht das einstige Hotel Duillard, dieses

um über die Lohnfrage zu verhandeln. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, eine ruhige Haltung zu beobachten und jede Störung zu verhüten. Der Berichterstatter theilte hierauf die Entscheidung des Magistrats und die Erklärung der Meister mit, daß sie eine summarische Kündigung nicht annehmen und jede Arbeitseinstellung ohne persönliche 14 tägige Kündigung als Kontraktbruch betrachten werden. Der Ausschuß stellte daher den Antrag, daß jeder Gehilfe seinem Meister persönlich die 14tägige Kündigung geben sollte. Dieser Antrag wurde jedoch mit dem Rufe: „Wir wollen nicht baden“, abgelehnt und ein Streik beschlossen.

Mährisch Ostrau, 17. April. Nach Tausenden zählende Arbeiter veranlaßten gestern Abend in allen hiesigen Gruben und Fabriken, die sich dem Streik noch nicht angeschlossen hatten, die Arbeitseinstellung. Sodann zogen die Streikenden nach Witkowitz und veranlaßten auch dort die Arbeiter zum Anschluß an den Streik, welcher immer größere Dimensionen annimmt. Nach Witkowitz sind zwei Kompagnien Militär abgegangen.

Frankreich.
Paris, 17. April. Der Minister des Innern Constans hatte gestern eine Berathung mit dem Seinepräfecten und dem Polizeipräfecten über die bevorstehenden Municipalwahlen und die für den 1. Mai zu treffenden Maßregeln. Aus dem Departements, sowie aus Algier werden Vorbereitungen zu größeren Demonstrationen unter Theilnahme sozialistischer Deputirten gemeldet.

Spanien.
Ueber die Ruhestörungen in Valencia liegen jetzt ausführlichere briefliche Mittheilungen vor. Seit einigen Monaten, angesichts der nahe bevorstehenden Einführung des allgemeinen Wahlrechts, beginnen sich zwei Parteien im Lande gewaltig zu rühren, die glauben, die Reform werde ihnen in erster Linie zu Gute kommen, die Kartisten und die Republikaner. In Valencia, wie in allen großen Städten, sind die letzteren bedeutend in der Mehrzahl. Am 10. ds. mit trafen zwei der angesehensten Kartistenführer, die Marquis von Cerralbo und Bal de Espina dort ein. Die Ankunft war vorher bekannt geworden, und die Liberalen, d. h. die monarchisch Liberalen, hatten beschlossen, die Herren bei ihrem Eintreffen auszusperren. Die Behörden, mit diesem Vorhaben anscheinend einverstanden, haben keinerlei Vorkehrungen getroffen. Bald aber gewannen die Radikalen, Republikaner und die Hasenbevölkerung die Oberhand, es wurde nicht nur gepöbelt, sondern mit Steinen geworfen, dann erschienen Messer und Revolver auf der Bildfläche. Eine nach Tausenden zählende Menge empfing die karlistischen Führer am Bahnhof und begleitete sie unter Verwünschungen, Pfeifen und einem Hagel von Steinen nach ihrem Wohnquartier, dem Hotel de Rome. Die Ruhestörer, welche den Gasthof säumen wollten, wurden jedoch zurückgetrieben. Dieselben begaben sich dann unter Abhingen der Marfaislaine nach dem Kartistenklub, den sie stürmten. Die Kartisten hatten die Treppen mit Möbeln verammelt und empfingen die Stürmenden mit Flintenschüssen; die Menge, dadurch aufs Aeußerste gereizt, steckte nunmehr das Gebäude in Brand, doch konnte dieselbe durch das inzwischen angelangte Militär rechtzeitig gelöscht werden. Ein Volkshaufe war mittlerweile nach dem Kolleg und der Kirche der Jesuiten gezogen und beschädigte das Gebäude nicht unerheblich, bis eine Schwadron Reiter die Massen zerstreute, wobei zahlreiche Verwundungen vorliefen. Ein anderer Haufe zog nach dem Hause der Jesuiten, schleppte sämtliche Bücher und Geräthschaften nach dem Hofe und veranfaltete mit denselben ein Autodafé; der schnell herbeigestellte Feuerweh, welche unter dem Schutze einer Kavallerie-Abtheilung arbeitete, gelang es, das Feuer, welches sich inzwischen schon dem Gebäude mitgetheilt hatte, zu bewältigen. Die ganze Stadt befand sich in unbeschreiblicher Aufregung; die Menge durchzog die Straßen unter Vortragung der phrygischen Mütze, Hochrufe auf die Republik ausbringend. In einigen Straßen war bereits das Plakat aufgerissen und Barrikaden errichtet, und außerhalb der Stadt sind eine Anzahl Holzdachhäuser in Brand gesteckt worden. Um 9 Uhr Abends war die Ruhe wieder hergestellt, doch dauerte die Aufregung fort.

Soziale Uebersicht.

In die Arbeiter Deutschlands. Birta 1000 Werstarbeiter, welche auf der Werft Germania in Gaarden bei Kiel beschäftigt waren, stellten im Laufe des Monats März an die Direktion das Gehalt um Festsetzung eines Minimallohnes von 30 Pf. pro Stunde und für Ueberstunden die ersten zwei Stunden von 6—8 Uhr Abends 25 pCt., nach 8 Uhr, also Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pCt. pro Stunde Extravergeltung. Man legte besonders auf hohe Vergütung der Ueberstunden Gewicht, um dieselben möglichst einzuschränken und so den Arbeitern nach vollbrachten Tagewerk die verdiente Ruhe zu verschaffen.

Die Direktion ließ die, zu diesem Zwecke zweimal nach einander eingereichten Schreiben unbeantwortet, die Arbeiter fühlten sich aber dadurch nicht veranlaßt, ihrerseits die Forderung fallen zu lassen, sondern verließen am 1. April zur gewöhnlichen

alte Gebäude, welches an mein Haus stößt, angekauft? fragte er plötzlich.

Baron Hartmann zögerte eine Weile, dann vernicnte er. Allein, Mouret sah ihm gerade in's Gesicht und begann zu lachen; und von da ab spielte er mit offenen Karten, in seiner Weise eines gemüthlichen Jungen.

— Herr Baron, sagte er, da ich schon die unverhoffte Ehre habe, Ihnen zu begegnen, muß ich Ihnen mein Herz öffnen. . . . O, ich will Ihnen Ihre Geheimnisse nicht entlocken, aber ich will Ihnen die meinigen anvertrauen, überzeugt, daß ich sie nicht in weisere Hände niederlegen könnte. Ueberdies bedarf ich Ihrer Rathschläge und ich kämpfe schon lange mit dem Wunsche, Sie um dieselben zu bitten.

Und er öffnete ihm in der That sein Herz. Er erzählte ihm, wie er angefangen; er verheimlichte ihm auch nicht die finanzielle Krise, welche er inmitten seiner Triumphe zu überstehen hatte. Er sagte Alles her; wie er successive Vergrößerungen vorgenommen, wie er seine Gewinne kontinuierlich in dem Geschäft angelegt habe, wie seine Angestellten ihm seine Ersparnisse anvertrauten, wie das Haus bei jedem neuen Ausverkauf seine Existenz auf das Spiel setzte, weil das ganze Kapital sozusagen auf eine Karte gesetzt wird. Und doch sei es nicht das Geld, was er verlange, denn er habe ein geradezu fanatisches Vertrauen in seine Kundschaft. Sein Ehrgeiz strebe viel höher. Er schlug dem Baron eine Assoziation vor, in welcher der Crédit immobilier das Riesenpalais bestelle, von dem er träumte, während er für seinen Theil sein Genie und sein bereits begründetes Waarenhaus bringen würde; die beiderseitigen Leistungen sollten abgeschätzt werden; nichts schien ihm einfacher und leichter, als eine solche Vereinigung.

— Was wollen Sie denn anfangen mit Ihren Gräbden und Ihren Häusern? fragte er in dringendem Tone. Sie haben doch gewiß irgend eine Idee? Aber ich bin dessen sicher, daß Ihre Idee nicht so viel werth ist, wie die meinige. Ueberlegen Sie dies ein wenig. Wir erbauen auf den Grundstücken eine Verkaufsgalerie, wir demoliren die Häuser oder lassen sie stehen, je nach unseren Bedürfnissen und eröffnen die riesigsten Magazine von Paris, einen Bazar, der Millionen gewinnen soll.

Freierabendzeit Abends 6 Uhr die Werft; darauf erschien am 2. April ein Fabrikanschlag, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, bei Androhung der Entlassung im Weigerungsfalle, unter den alten Bedingungen (8—10 pCt. Vergütung für Ueberstunden auch nach 6 Uhr weiter zu arbeiten. Doch lehrten sich Wenige an die Verordnung, sondern es gingen Abends um 6 Uhr eine große Zahl nach Hause.

Auffälligerweise war die Werft am Sonnabend den 5. April geschlossen, was noch kein Jahr der Fall gewesen und sie blieb natürlich über die Feiertage geschlossen bis Dienstag, den 8. April früh 6 Uhr.

In diesem Morgen fand sich an den Fabriksporten ein Anschlag dahinlautend, daß alle diejenigen, welche am 2. April die Arbeit Abends um 6 Uhr verlassen, damit die ihnen angebotene Entlassung genommen hätten. Auf Grund dessen dürften 700 Mann die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Als sich noch 200 Mann an den 8. April wiederholt angeschlagenen Aufruf, die Ueberarbeitszeit betreffend, nicht lehrten, sondern um 6 Uhr die Werft verließen, wurden sie am andern Morgen ebenfalls aus der Arbeit entlassen, so daß die Zahl der Ausgeschlossenen neunhundert Mann beträgt.

Die Germania-Verft hat lauter Staatsaufträge, zu deren Ausführung sie jetzt von der K. Staatswerft unterstützt wird, welche die Arbeit nach ihren Arbeitsplätzen holen läßt. Dies ist aber nur ein Nothbehelf, der Mangel an 900 geübten Arbeitern wird sich recht bald fühlbar machen und ist zu erwarten, daß von der Germania-Verft-Direktion alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um unter glänzenden Versprechungen Ersatz herbeizuschaffen. Besonders möchten wir die Arbeiter Deutschlands, Danemarks und Schwedens bitten, uns in unserem harten Kampfe mit dem übermächtigen Kapital, das auch in diesem Falle rücksichtslos viele Familien der Noth und dem Elend überantwortet hat, kräftig zu unterstützen, indem sie den Bezug fernhalten und zur Linderung der Noth unter den Ausgeschlossenen ihr Scherflein mit beitragen.

Wir haben eine ziemlich gute Organisation, doch bei den bedeutenden Anforderungen, die jetzt an uns gestellt werden, ist bei längerer Dauer des Ausschusses die Erschöpfung unserer Fonds, trotz Erhebung von Extrasteuern, voranzusehen, doch werden wir die Hilfe unserer Bruderorganisationen nur unter der Bedingung annehmen, daß wir ihnen in ähnlichen Lagen nach besten Kräften ebenfalls beizutragen werden.

Der Vorstand des Verbandes der Werstarbeiter.
J. A.
S. Möbius, Vorsitzender.

Samburg, St. Pauli I, Friedrichstraße 14, 3 Et.
Aufruf an sämtliche Färber, Spinner, Appreture und Berufsgenossen, und alle übrigen Arbeiter der Textilbranche, die nicht auf dem Delegirtenlage zu Apolda vertreten waren.

Auf dem Delegirtenlage wurde beschlossen, ein Agitationskomitee über ganz Deutschland mit dem Sitz in Berlin ins Leben zu rufen. Da nun oben genannte Vertreter des oben genannten Delegirtenlage nicht vertreten waren, und die Berliner Delegirten der Ansicht sind, daß es durchaus notwendig ist, daß auch diese Arbeiter dazu beitragen, daß das Agitationskomitee ins Leben tritt, erlauben wir dieselben, innerhalb acht Tagen Versammlungen einzuberufen, um dort zur Wahl von Vertrauensmännern zu schreiten. Die Vertrauensmänner würden sich dann an Herrn Otto Heindorf, Langestr. 70, zu wenden haben. Derselbe erteilt jede nähere Auskunft. Im Auftrage sämtlicher Delegirten Carl Hoffmann, Dresdenerstr. 18.

Salzpreis. Der Preis des Salzes, dieses unumgänglichen Gewürzes für die Nahrung des Volkes, ist in den letzten Monaten nicht unerheblich — um ca. 20 pCt. — gestiegen. Diese Preissteigerung ist der Vereinigung der verbündeten deutschen Salinen zu danken, die übereinkamen, mit dem 1. Oktober vorigen Jahres eine entsprechende Erhöhung der Engrospreise einzutreten zu lassen. Nachträglich ist uns ein Protokoll dieser Vereinigung in die Hände gefallen, darist Unna-Rödingborn im September 1889, in welchem die Erhöhung des Salzpreises mit „dem andauernden Steigen sämtlicher Betriebsmaterialien und der Löhne“ zu begründen versucht wird. Ohne die Bildung des Salzringes wäre die Preissteigerung kaum durchzuführen gewesen, da nach sachverständigem Urtheil die Produktionskosten keineswegs in dem Maße gestiegen sind, wie die Unternehmer mit der Preissteigerung wollen glauben machen. Allein unsere schöne Wirtschaftsordnung macht es dem Volke unmöglich sich gegen solche Ausbeutung zu schützen.

Versammlungen.

Der Streik. In den vor etwa 14 Tagen die Stock-drecksler zur Eringung der neunhündigen Arbeitszeit und eines Minimal-Wochenlohnes von 21,60 M. eintraten, ist in ein neues Stadium getreten. Während noch vor einigen Tagen die Stockfabrikanten jede Bewilligung ablehnten, ja sich verpflichteten, eine Konventionalstrafe zu zahlen, wenn sie die Forderungen der Arbeiter anerkennen, konnte die seiner Zeit gewählte Streikkommission in einer am Montag Abend unter Vorsitz des Herrn

Ach, könnte ich es ohne Sie unternehmen! . . . Allein, Sie haben jetzt die ganze Sache in Händen. Wir müssen uns verständigen, es wäre ein Selbstmord, wenn wir es nicht thäten.

— Wie rasch Sie vorwärts stürmen, lieber Herr! sagte der Baron einfach. Welch lebhafteste Einbildungskraft!

Er schüttelte den Kopf und lächelte, noch immer nicht entschlossen, ob er Vertrauen für Vertrauen geben soll. Das Projekt des Crédit immobilier bestand darin, in der Rue du dix Décembre dem Grand-Hotel eine Konkurrenzunternehmung zu bieten, einen luxuriös eingerichteten Gasthof, dessen zentrale Lage geeignet sein sollte, die Fremden anzuziehen.

Uebrigens, da das Hotel nur die angrenzenden Terrains okkupiren sollte, hätte der Baron die Idee Mouret's akzeptiren und hinsichtlich der übrigen Häuser dieses Stadttheils mit ihm in Unterhandlung treten können.

Allein, er hatte in dieser Richtung zwei anderen Freunden Henriette's Verheißungen gemacht und er war es nun müde, fortwährend den gefälligen Beschützer zu spielen. Ueberdies war er trotz seiner leidenschaftlichen Thätigkeit, die ihn häufig veranlaßte, vernünftigen und muthigen Beuten seine Kasse zu öffnen, von dem kommerziellen Genie Mouret's mehr verblüfft als verführt. War dieses Riesenmagazin nicht eine phantastische, unkluge Unternehmung? Ließ man nicht Gefahr, zu Grunde zu gehen, indem man in solcher Weise den Modewarenhandel über alle Grenzen hinaus ausdehnen wollte? Er glaubte nicht an den Erfolg und lehnte ab.

— Die Idee ist verführerisch, sagte er, allein sie stammt von einem Poeten. Wo wollen Sie die Kundschaft hernehmen, um eine solche Kathedrale anzufüllen?

Mouret betrachtete ihn einen Augenblick stillschweigend, wie betroffen von seiner Ablehnung. War es möglich? Ein Mann von so feinem geschäftlichen Sinn, ein Mann, der das Geld in den verborgensten Tiefen mittert! Mit einer großen rednerischen Geberde wies er nach den Damen im anstehenden Salon und rief aus:

— Die Kundschaft? Da ist sie!
(Fortsetzung folgt.)

Bildebrandt abgehaltenen öffentlichen Drechslerversammlung, welche die weiten Räume der Bürgerhalle vollständig füllte, Mitteilung von einer bevorstehenden Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer machen. Die Streikkommission der Arbeiter sowohl, als die Meister (in erster Lesung) nahmen folgendes an: „Die Gesellen verzichten auf den Minimallohn. Die Arbeiter verpflichten sich, nach Kräften dahin zu wirken, daß die Arbeiter den Verdienst von 21,60 M. erreichen. Sollten die Akkordlöhne in einzelnen Werkstätten das Erreichen dieser Lohnhöhe nicht gestatten, so verpflichten sich die Arbeitgeber, die Akkordlöhne dementsprechend zu erhöhen. Sollten die Akkordlöhne so niedrig sein, daß ein befähigter Arbeiter nicht im Stande ist, 21,60 M. zu verdienen, so soll ein Schiedsgericht darüber entscheiden, ob die Akkordlöhne zu erhöhen sind. Die Beschlüsse des Schiedsgerichts sind für beide Theile verbindlich. Das Schiedsgericht wird zu beiden Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Mindestalter von 21 Jahren und einem von beiden Theilen zu wählenden Obmann, welcher nicht den beiden Kategorien angehört, gebildet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichten sich, die Streikfrage so lange ruhen zu lassen, bis der Spruch des Schiedsgerichts erfolgt ist.“ Ueber diesen Vermittlungsvorschlag entspann sich in der oben erwähnten öffentlichen Versammlung eine ausgedehnte Diskussion. Fabrikant Jedek unternahm es, den Antrag zu empfehlen. Die Fabrikanten mußten noch eine zweite Lesung des Antrages vornehmen, die am Mittwoch Nachmittag stattfinden soll. Die Annahme desselben erscheine ihm auch in zweiter Lesung zweifellos. Der Versammlung der Streikenden, die am Mittwoch Abend abgehalten werden soll, könne zur richtigen Zeit Nachricht von dem Beschluß der Meister gegeben werden. Dann möge man beschließen, ob die Arbeit aufzunehmen ist, oder nicht. Kollege Böttcher empfiehlt ebenfalls die Annahme des Antrages. Es sei die neunstündige Arbeitszeit erreicht, das sei viel, man möge damit zufrieden sein. Mehr sei nicht zu erlangen. (Rufe: Oh! Unruhe.) Der Hunger poche schon an die Thüre! (Stürmischer Widerspruch. Unruhe. Rufe: Schluß! Schluß!) Redner betont nochmals, daß er mit dem Erreichten zufrieden sei. Das Schiedsgericht könne zum Segen gereichen, wenn es gut und ehrlich geleitet wird und entscheidet. Von mehreren Rednern, namentlich den Streikkommissions-Mitgliedern wird ein eingelaufener Antrag auf Annahme des Vermittlungsvorschlages lebhaft, zugleich aber der Ansicht des Kollegen Böttcher energisch widersprochen, daß die Noth zur Annahme treibe; es sei genug Geld vorhanden, um alle Streikenden ausreichend zu unterstützen. Kollege Bindig bedauert, daß der Minimallohn noch nicht zu erreichen war; Redner hofft Besseres von der Zukunft. Schließlich wurde gegen 13 Stimmen dem vorgelegten Einigungsantrag die Zustimmung erteilt. Die Vertrauensleute erhielten ein Vertrauensvotum. Dieser Sachlage

nach scheint der Streik der Stodarbeiter einem nahen Ende bevorzustehen, vorausgesetzt, daß sich die Fabrikanten dem Einigungsbeschluß anschließen. Dagegen bereitet sich eine neue Lohnbewegung sämtlicher Holzdrechsler vor. Kollege Lutz erstattete Bericht über den Fortgang dieser Sache. Die am 17. März gewählte Kommission habe die Forderungen ausgearbeitet, und zwar folgende: neunstündige Arbeitszeit in der Zeit von 7-8 Uhr mit 1/2 Stunde Frühstück- und 1/2 Stunde Mittagspause; des Sonnabends um 5 Uhr Feierabend; Abschaffung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit. Die Frage, ob Wochen- oder Akkordlohn zu fordern sei, sei eine schwierige gewesen. Anträge von Versammlungen lagen vor, 24 M. Minimallohn zu fordern und ein solcher, eine Erhöhung der Akkordpreise um 20 pCt. zu verlangen. Die Kommission ist wohl im Prinzip für Lohnarbeit; sie ließ sich aber von der Erwägung tragen, daß man noch zu schwach sei, die Lohnarbeit durchzuführen. Man wolle erst das Mögliche erreichen und dann weiter gehen. Deshalb habe die Kommission beschlossen, als Forderung einen Lohn von 22 M. aufzustellen, gleichviel ob in Lohn oder Akkord. Redner begründet eingehend diese Forderungen und spricht seine Meinung dahin aus, daß dieselben Aussicht auf Durchführung haben. Die Forderungen seien sehr bescheiden, eine Erhöhung der Fabrikpreise von 10 pCt. würde jeden etwaigen Ausfall der Unternehmer wett machen. Auf jeden Fall müsse man aber an einen Kampf denken; es müsse ein Fonds angesammelt werden. Jeder Kollege müsse mindestens 25 Pf. pro Woche steuern. Redner schließt mit der Mahnung, sich genau zu überlegen, ob die Kollegen im Herbst in einen Streik eintreten wollen. Sie mögen nur für das stimmen, was sie durchzuführen gedenken. (Beifall.) Die hierauf folgende lebhaftere Diskussion wird schließlich gegen Mitternacht abgebrochen und beschlossen, eine Lohnkommission zu wählen. Die Anwesenden verpflichten sich, mit der Ansammlung des Streikfonds am 19. d. M. zu beginnen und 50 Pf. Beitrag pro Woche zu entrichten. Kollege Rautenberg wird als Kassirer und die Kollegen Lutz, Stein, Weißer, Plagens, Förster und Golland als Kommissionsmitglieder gewählt. Ein Antrag, diejenigen Kollegen, die in gesperrten Werkstätten gearbeitet haben, auszuscheiden, wird dieser zur Berücksichtigung überwiesen. Dann schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Drechslerbewegung.

Der **Fachverein der Packer** hielt am Sonntag, den 13. April in den Bürgerhallen, Dresdenerstr. 96, seine regelmäßige Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassenabrechnung vom ersten Quartal. 2. Statutenberatung. 3. Die Fachpartie. 4. Verschiedenes und Fragebeantwortung. — Nachdem der Kassirer den Kassenbericht verlesen — es waren eingegangen 2119 Beiträge in den drei Monaten und es blieben nach Abzug der Ausgaben pro anno 295,97 M. — wurde dem Kassirer Decharge erteilt. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung:

„Statutenberatung“ wurde nach längerer Debatte eine Kommission zur Vorberatung bestehend aus folgenden fünf Kollegen: Simonowitsch, Dierich, Unger, Kupernick und Schmidt gewählt.

Die **Fachpartie** findet am Bußtag statt und zwar findet Abmarsch 7 1/2 Uhr Morgens von der Station Thiergarten nach der Endstation Grunewald statt. — Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den 1. Mai, Vormittag, eine öffentliche Versammlung einzuberufen und Nachmittags ein Familienfest mit Tanzkonzert zu arrangieren.

Der **Fachverein für Schlosser etc.** hielt Montag, den 14., seine Quartals-Generalversammlung im „Königshof“ ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung ergab die Abrechnung der Stiftungsfest einen Ueberschuß von 146,07 M. Die Abrechnung des Kassirers ergab eine Einnahme von 517,82 M., eine Ausgabe von 352,01 M., mithin Bestand 165,81 M. Aus der Vorversammlung gingen hervor **Miethe, Fiescher und Piesche**. Der 2. Punkt „Stellungnahme zu den von den Unternehmern geplanten Arbeiterräthen“ schloß nach längeren Ausführungen und Erklärungen durch Annahme folgender Resolution: „Die Generalversammlung protestirt energisch gegen diese Arbeiterräthe, da dadurch nur Denunzianten und Speichelleder großgezogen werden und verpflichten sich alle Anwesenden, gegen etwa auftauchende energisch Front zu machen. Während der Pause nahmen sich 88 Kollegen auf. Zum 4. Punkt „Anträge“ wurde zunächst ein Antrag angenommen, alle 4 Wochen eine beschließende Versammlung stattfinden zu lassen, damit nicht in einzelnen Versammlungen widersprechende Beschlüsse gefaßt werden. Zwei Anträge wurden zur Diskussion und schließlich auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung, als außerordentliche Generalversammlung gestellt. 1. Den Monatsbetrag von 90 auf 30 Pfennig zu erhöhen. 2. Wahl einer Werkstatt-Kommission zur möglichen Befestigung der Ueberstundenzahlung. Unter Verschiedenes wurde ein Antrag angenommen, nur Kaufleute zu berücksichtigen, die ihre Läden Sonntags Nachmittags schließen. Als Ersatzmann der Arbeitsnachweis-Kommission wurde Kollege **Beich** gewählt. Eine weitere Debatte entfiel sich über die zukünftige Agitation. Zum Schluß wurde noch Kongreßfrage angeregt und zum zahlreichen Besuch dieser stehenden Versammlungen ermahnt. In der Gewerkschaft Spandau haben am Sonnabend 64 Mann die Arbeit aufgenommen. Vor Juzug wird gewarnt. — Nächste Woche findet öffentliche Versammlung statt, behufs endgültiger Beschlußfassung über den 1. Mai, bei Keller, Andreasplatz. — Gleiches eine Fachvereinsversammlung im Norden, mit folgender Tagesordnung: Die Zustände in den königlichen Werkstätten.

Theater.
Freitag, den 18. April.

Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.

Schauspielhaus. Die Geschwister. Die Copisten. Graphologie. Die Prüfung.

Leistung-Theater. Die Ehre.

Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.

Berliner Theater. Eva.

Friedrich-Wilhelm-Städt. Theater. Der arme Jonathan.

Wallner-Theater. Geschlossen.

Viktoria-Theater. Stanley in Africa.

Stend-Theater. Die Geheimnisse von New-York oder: Madeline's Dämon.

Reizend-Theater. Marquise.

Bellevue-Theater. Der Nautilus.

Central-Theater. Ein Ideales Haus.

Adolf Ernst-Theater. Der Goldsucher.

Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater
Dresdenerstraße 55.
Täglich Vorstellung.

Englischer Garten
Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.

Auftreten des Gesangskomponisten Herrn **Jung**.

Auftreten der deutsch-schwedischen Chansonnette Fräulein **Tonny Peters**.

Auftreten der vorzüglich. Viedersängerin Fräulein **Margarethe Steinow**.

Neu 11 Auftreten des Instrumental- und Gesangs-Terzett's (3 Damen) Geschwister **Sawona**.

Auftreten der beliebten Duettisten Geschwister **König**.

Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 20 u. 30 Pf. Sonntags Anfang halb 6 Uhr. Sonntags Entree 50, reservirt 75 Pf., Orchester 1 Mark. Vorverkauf Entree 40 Pf.

21. Unter den Linden 21.
Im Hause der Wilhelmshallen neben der Passage.

Ben-Vorführung
Täglich **Ali-egyptischer u. indischer**
7 1/2 Uhr Abends. **Bey** Zauber-künste.
3, 2 u. 1 M. Billets im Invalidendank.

Passage 1 Cr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab. **Kaiser-Panorama**.
In dieser Woche:
3. ersten M.: IV. Reise d. Afrika.
Neu! III. Cyclus Constantinopel.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.
Jede Woche andere Reisen.

Circus Wulff.
Friedrich Carl - Ufer.
Ed. Karlsruher.
Freitag, den 18. April, Ab. 7 1/2 Uhr:

Gr. Wohlthätigkeitsvorstellung zu Gunsten der Ferien-Kolonien.

In dieser Wohlthätigkeitsvorstellung wird aus besonderer Gefälligkeit eine **Dame aus den hiesigen Sportkreisen die Springschule** mit den beiden Vollblutpferden **„Wien“ u. „Antropus“** reiten. Außerdem ist das Programm ein sehr reichhaltiges und kommen die bestbesetzten Schul- und Freizeitsperrde zur Vorführung, ebenso Auftreten sämtlicher Spezialitäten, Künstler sowie Künstlerinnen.

Sonnabend, den 19. April, Abends 7 1/2 Uhr: Wiederholung der am Dienstag, den 15. d. M., mit so vielem Beifall aufgenommenen Sportvorstellung, als Einlage: Zum 1. Male: Vorführung der anerkannt bestbesetzten, einzig in der Welt dastehenden 6 Goldfuchshengste durch den Dir. Ed. Wulff.

Dochachtungsvoll
Ed. Wulff, Direktor.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Gr. Instrumental-Concert,
Direktion **A. Ködman.**
Wochentags 10 Pfg.,
Sonntags und Festtage im
Kaisersaal 25 Pfg.

Spezial-Ausschank von Pilsener, Export-Bier, hell u. dunkel, a. 15 Pf. Gleichzeitig empfehle ich meine **höchsteleganten Festäle** zu 100 bis 200 und zu ca. 1000 Pers. zu soliden Bedingungen.
641 **F. Müller.**

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14.
Die schönsten
Kinderkleider u. -Mäntel
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgensröcke, Unterröcke u. Tricottailen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!

Chausseestraße 14.
Geschäftshaus S. Heine.

Hohtaba! A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende
Cabarets.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Hohtaba sind am 1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Hache'schen Markt.

Teppiche
zu billigen Preisen!
Wir verkaufen unser Teppich-Lager aus und verkaufen gewöhnliche haltbare Teppiche für 4, 5 u. 6 M. große Tapestry - Plüsch - Teppiche für 12, 15, 18 und 20 M.

Tischdecken
Manilla-Tischdecken mit Franzen 2, 2,50 M., bunte Tischdecken mit Schnur und Quasten 3, 3,50 bis 5 M., Gobelin-Tischdecken mit Schnur und Quasten 5, 6 u. 8 M. Hochelegante Chenille-Tischdecken 4,50, 5 u. 6 M.

Gardinen
weiße Jwien-Gardinen, reellstes Fabrikat, Meter 45, 50 u. 60 Pf., Englische Tüll-Gardinen, auf beiden Seiten eingefasst, Meter 50, 60, 75 Pf. u. 1 M. Einzelne abgepaßte Fenster 3,50, 4-6 M. Hübsche Manilla-Gardinen, Mtr. 40 u. 50 Pf.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße
Ecke Linden-Strasse.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Steyppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin, Oranienstr. 158.
Grösste Auswahl! **Woll-Atlas-Steyppdecken** mit Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzelne (Schabkaste) Decken 3 und 4 Mtr. 1718 **Illustrirte Preisliste gr. u. fr.**

Empfehlung.
Unterzeichneter empfiehlt sich zum Verkauf der selbstverfertigten Porträts **Bebel's** und **Liebknicht's** in Seide gewebt. Da selbige gut ausgeführt sind, weder vergilben noch ausbleichen, hoffe ich, in diesem Unternehmen Unterstützung zu finden. Preis pro Bild 75 Pf., im Duzend 25 pCt. Rabatt, egl. Porto, gegen Nachnahme. Diese Bilder liegen bei Herrn **Karl Scholz, Wrangelstr. 32**, im Laden, zur Einsichtnahme aus. 1058 Ernstthal, Ost-St., bei Chemnitz, **Herm. Henker.**

Empfehle mein **Bierlokal** sowie Arbeiter-Lesezimmer; Sämtliche Gewerkschafts-Organen liegen aus.
Emil Böhl,
Frankfurter Allee 74.

Sozialdemokrat. Wahlverein des 4. Reichstags-Wahlkreises.
Freitag, den 18. ds. Mts., Abends 8 Uhr, im Lokal „Königsbank“, Frankfurterstraße 117:
Große Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Vogtherr** über: „Immer weiter im Cours.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme Mitglieder. — Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeiter der Firma Siemens & Halsk Berlin und Charlottenburgs
am Sonnabend, den 19. April ds. Js., Abends 8 1/2 Uhr im Lokale Buggenhagen am Moritzplatz.
Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum 1. Mai. Referent **Alwin Gerisch.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerksammlung statt.
1088 **Der Einberufer.**

Große öffentliche Versammlung d. Maler u. Anstreicher Berl. u. Umgeb.
am Freitag, den 18. April, Abends 8 Uhr, im Restaurant **Königshof**, Bülowstraße Nr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Der Werth einer Verkürzung der Arbeitszeit. Referent **Witthel Schweitzer.** 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zu den diesjährigen auswärtigen Streiks der Kollegen? Referent **Gustav Link.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Fachverein der Metallarbeiter in Gas Wasser- und Dampfmaschinen.
Sonnabend, den 19. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zentgraf, Münzstraße Nr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **P. Litfin** über: „Was soll der 1. Mai geschehen?“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Maskenball. 4. Verschiedenes und Fragekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder findet in jeder Versammlung statt.
1041 **Der Vorstand.**

Gr. öffentl. Schuhmacher-Versammlung für Charlottenburg
am Freitag, den 18. April ds. Js., Abends 8 1/2 Uhr, zu „Bismarckshöhe“, Bismarckstr. 86.
Tagesordnung: Ist die Innung im Stande, eine Verbesserung der Lage herbeizuführen? Referent **Max Baginski.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Einberufer.

Schön garnirte Damenhüte
von M. 3,50 an. Elegante Spitzen-Capotten von M. 4,50 an. Knabenhüte von M. 0,75 Pf. Pfliffige Kinderhüte von M. 1,75 an. Seidenband, Spitzen, Blumen und Façons.
A. Westhelle,
Koppenstr. 12,
(Zw. Lange- u. Münchebergerstr.) 5. Haus v. Schles. W.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 17. April.

Präsident v. Köller eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr nach dem Besuche des Hofes und besuchte die Tribünen. Am Ministertisch: Justizminister Dr. v. Schelling und Kommissar; später Minister des Innern Herrfurth, Ministerpräsident v. Caprivi, der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch, Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. Lucius v. Ballhausen und Kultusminister Dr. v. Goshler.

Das Haus geht die Spezialberatung zur dritten Lesung des Staatshaushalts-Gesetzes fort, und zwar beim Etat der Justizverwaltung.

Abg. **Dasbach** (Zentr.) bemängelt es, daß die gerichtlichen Urteile immer den Blättern mit größerer Auflage zugedacht werden.

Regierungskommissar Geh. Rath **Sichholz** erwidert, daß die Wahl der Blätter zu treffen nicht Sache der Justizverwaltung, sondern den einzelnen Gerichten überlassen sei.

Abg. **Schulmayer** (freikonf.) wünscht, daß namentlich für wirtschaftliche Arbeiter die Aussetzung der Strafvollstreckung längere Zeit, als bisher üblich, erfolgen könne. Bei der Ernte könne es zuweilen auf einen einzigen Arbeiter ankommen. Die Arbeit sei leicht zu regeln, da sie als ein Ausfluß des königlichen Jagdrechtlich darstelle.

Regierungskommissar Geh. Rath **Lucas** erwidert, daß eine solche Aussetzung nicht getroffen werden könne, daß aber der Richter den Einzelfall wohlwollend prüfen werde.

Abg. **Dasbach** (Zentr.) bedauert, daß auf seine Anregung eine Remedur zugesagt sei.

Abg. **Nicker** (Dreis.) führt Beschwerde über eine angeblich schlechte Behandlung des Redakteurs der Elberfelder „Freien Presse“ im Gefängnis.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Dr. **Stardie** erwidert, daß eine schriftl. wonach Gefangenen der Bart abzurufen sei u. s. w., nicht existiere. Wenn der betr. Redakteur in der Strafanstalt zuord gegeben, so gehöre die Sache überhaupt nicht in das Reich der Justizverwaltung.

Minister des Innern **Herrfurth** bemerkt, daß er auf Antrag Nicker's der Angelegenheit näher treten werde.

Abg. Dr. **Windthorst** (Zentrum) beklagt es, daß das Gesetzwesen in Preußen von der Justizverwaltung getrennt und dem Ministerium des Innern unterstellt sei.

Die Abgg. **Nicker** und **v. Geyern** (natl.) pflichten bei.

Abg. **Bödiker** (Zentr.) wünscht eine zweckmäßigere Verteilung der Geschäfte bei den mit mehreren Richtern besetzten Gerichten, und zwar möglichst nach örtlichen Bezirken, nicht nach Branchen, da der Richter sonst leicht einseitig werde und die große Fühlung mit der Bevölkerung verliere.

Reg.-Komm. Geh. Rath **Sichholz** erwidert, daß bei den Richtern mit zwei Amtsrichtern die Geschäfte nach geographischen Bezirken verteilt seien. Für ländliche Bezirke sei durchweg für je einen Richter ein Richter mit einem Richter zu haben.

Abg. Dr. **Windthorst** (Zentr.) betont, daß es vor allem darauf ankomme, die Justizpflege seitens der Amtsrichter so auszuüben, wie es durch die Reorganisation beabsichtigt sei. Das Amtsgericht in Berlin müsse unbedingt geteilt werden, während an anderen Stellen die Richter mehr arbeiten könnten. — Abg. **Bödiker** (Zentr.) schließt sich diesen Ausführungen an.

Abg. **Czwalina** (Dr.) erörtert die Frage der Offizial-Verordnung und bemängelt es, daß dieselbe, wie er annimmt, aus angebrachter Sparsamkeit, allzusehr den Referendarien zuzufallen werde, statt den Rechtsanwälten.

Justizminister Dr. v. **Schelling** erwidert, daß die Auswahl der Verteidiger Sache des Gerichtsvorstandes sei. Uebrigens komme das Gesetz, daß in der Regel die Anwälte am Orte und in zweiter Reihe die Referendarien zu Offizialverteidigern zu ernennen seien. Es empfehle sich indessen, die Referendarien tüchtig zur Verteidigung in Strafsachen heranzuziehen, da sie fast die einzige Gelegenheit sei, sie in der Übung der freien Berufe auszubilden. Bezüglich der Geschäftsverteilung bei den Gerichten betont der Minister, daß er dienstlich darauf nicht wirken könne, da dieselbe den Gerichtspräsidenten zustehe.

Abg. Graf **Limburg-Sturum** (konf.) hält die Heranziehung der Referendarien, die als noch nicht angestellte Beamte völlig aktiv seien, zur Verteidigung in Strafsachen für durchaus wünschenswert. Die Rechtsanwälte hätten häufig das Bestreben, durch rhetorische Effekte ihre Klienten zu bezaubern, selbst wenn von deren Unschuld nicht überzeugt seien. Sie wendeten sich solchen rednerischen Leistungen an die Geschworenen, die nicht mehr in der Lage seien, das Rhetorische von dem Sachlichen zu trennen.

Abg. Dr. **Windthorst** (Zentr.) meint, daß der vom Vorneher gerügte Fehler auf beiden Seiten, auch bei den Staatsanwälten, zu beobachten sei. Die Referendarien seien gründlich der freien Rede zu überlassen, aber man sollte ihnen nicht so ohne weiteres die Verteidigung über Leben oder Tod in die Hand geben.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. **Czwalina** und Graf **Limburg-Sturum** wird die Debatte geschlossen und der Etat der Justizverwaltung genehmigt.

Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern. Abg. **Küchhoff** (freikonf.) bringt die Zunahme des jugendlichen Verbrechens zur Sprache. Es sei an der Zeit, ernstlich darüber nachzudenken, durch welche Mittel dem Uebelstande, der Vorzug der Sozialdemokratie, begegnet werden könne. Wie auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege Großes geleistet worden sei, so sollten auch zur Lösung der vorliegenden Frage Mittel und Wege gefunden werden. Zwar wisse er wohl, daß diese Aufgabe sehr auf dem kirchlich-religiösen und dem Gebiete der Schule liege. Allein auch durch Verwaltungsmassregeln lasse sich manches erreichen. Er erwarte keineswegs alles vom Staate; der Kirche und der Privatwohlthätigkeit bleibe die Hauptaufgabe zugewiesen.

Im Erziehungsministerium habe große Erfolge erzielt. Er bitte den Minister, zu erwägen, ob solchen Vereinen Zuschüsse vom Staate zugewendet werden können, denn der Staat dürfe nicht zusehen, daß die Verwahrlosung der Jugend derartig überhandnehme, und er dürfe auch nicht alles der Privatwohlthätigkeit überlassen. (Beifall rechts.)

Minister des Innern **Herrfurth** ist mit den vom Vorneher gestellten Zielen einverstanden. Eine Zwangs-erziehung könne nach dem Gesetz erst nach Begehung einer Straftat seitens des verwahrlosten Kindes platzgreifen. Aus dem Dispositionsfonds der Strafanstaltsverwaltung sei er bereit, Beihilfen an Erziehungsvereine zu geben.

Abg. **Stöcker** (konf.): Wer mit den Fragen des Volkslebens

sich beschäftigt, erschrickt über die Abnahme der Fähigkeit des Erziehens in der Familie. Dies sei eine notwendige Folge des verwahrlosten Familienlebens. Redner giebt darüber Beispiele aus seiner Thätigkeit in der Berliner Stadtmision. Mit dem Abg. **Küchhoff** ist er darin einverstanden, daß die verwahrlosten Kinder vorzugsweise der Familienerziehung zuzuwenden seien. Da dieses Ideal sich aber doch nicht so erreichen lasse, so könne man die Erziehung in Anstalten nicht entbehren. Aus der verwahrlosten Jugend ziehe vor allem die Prostitution ihre Rekruten. Die Haupthilfe dagegen liege auf gesetzlichem Gebiete. In Bezug auf den Schutz der Jugend müsse weiter gegangen werden, als bisher. Auch die Arbeiterin im fremden Dienst müsse geschützt werden. Redner erörtert demnach die polizeiliche Behandlung der Prostitution. Das Berliner Polizeipräsidium komme in dankenswerther Weise den Bestrebungen der Berliner Stadtmision, hier heilend einzugreifen, entgegen. Er wolle die Frage, ob die frühere Ordnung dieser Dinge oder die heutige besser sei, nicht erörtern. So viel stehe jedoch fest, daß die Umverwandlung der Prostitution in der Stadt große Schäden im Gefolge gehabt. Das Traurigste sei die Anstaltung der Familie durch die umherstreichende Prostitution. Man müsse versuchen, das bisherige System zu corrigieren. In letzterem vermisse Redner die Eintheillichkeit. Die Sache sei ernst, denn der Umsturz hänge überall nicht nur mit dem Unglauben, sondern auch mit der Unzucht zusammen. Der Redner bemängelt die bisherige Kontrolle. Dieselbe mache in einzelnen Punkten den Eindruck der Konfessionierung. Ferner erörtert er die Behandlung der Minorennen, die sanitätliche Unterfuchung, die Gelegenheitsmacherei und die Ausführung unzüchtiger Theaterstücke. Er erwartet eine Besserung der sittlichen Zustände aus dem Kampfe der öffentlichen Meinung, welchem die Regierung zu Hilfe zu kommen habe. Man habe in Deutschland viel zu sehr die Meinung, den Kampf der Kirche zu überlassen. Gerade aus dem Laienstande aber müßten mehr Kämpfer erheben, und er würde es mit Genugthuung begrüßen, wenn seine heutigen Ausführungen dazu die Anregung gegeben hätten. (Bravo! rechts.)

Minister des Innern **Herrfurth** erwidert, daß das Berlin von heute, ungeachtet der großen Zunahme der Bevölkerung und der Prostitution, eine große Besserung auf dem angeregten Gebiete aufzuweisen habe. Auf einzelne Ausführungen des Vorneher's giebt der Minister an der Hand des ihm vorliegenden Materials Auskunft und bedauert schließlich, daß die unerquickliche Materie hier öffentlich zur Sprache gekommen sei.

Abg. **Stöcker** (konf.) beklagt diese Bemerkung des Ministers. Wir sind hier nicht wegen der Tribünen da, sondern um das Wohl und Wehe unseres Volkes zu beraten. Gerade das sei ja das Bedenkliche an der ganzen Sache, daß sie stets im Dunkel gehalten werde. Der ihm zu Theil gewordene Beifall habe ihm bewiesen, daß er ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen habe. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. **Langerhans** (Dreis.) bedauert diese Debatte. Stöcker hätte den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Verhandlung stellen können. Wenn demselben die Sache wirklich ernst wäre, so sollte er Anträge stellen, die dann in der Kommission verhandelt werden können.

Abg. **Stöcker** (konf.): Wenn die freisinnige Partei diesen letzten Grundsatze für sich akzeptieren und hier nur über Dinge sprechen werde, bezüglich deren sie mit Anträgen komme, so würde unser politisches Leben von einem großen Banne erlöst. Er werde sich das Recht, die betreffende Frage hier zu erörtern, nicht nehmen lassen, am allerwenigsten vom Abg. Langerhans. (Lebhafte Beifall rechts.) Im weiteren erinnert der Redner dem Abg. Dr. Langerhans daran, daß dieselbe Materie auch im englischen und italienischen Parlamente öffentlich verhandelt worden ist.

Nachdem der Minister **Herrfurth** sich noch kurz über die Frage der Minorennen geäußert, wird diese Debatte geschlossen.

Abg. Dr. **Brüel** (welfischer Zentrums-Hospitant) erörtert juristisch die bereits gestern angeregte Frage des sogenannten Welfenfonds (beschlagnahmtes Vermögen des Königs Georg von Hannover). Mit dem Tode des Königs Georg hätten die preussischen Behörden jede Zuständigkeit der Verwaltung über jenes Vermögen verloren. Auch der ursprüngliche Zweck der Beschlagnahme sei mit dem Tode des Königs fortgefallen, da eine Abwehr der letzterem zugeschriebenen Bestrebungen nicht mehr möglich sei.

Minister des Innern **Herrfurth** erwidert, daß das seine Gewebe der juristischen Deduktionen des Vorneher's zerrissen werde durch den klaren Wortlaut des Gesetzes über den Welfenfonds. Die Wiederherstellung der Beschlagnahme jenes Vermögens könne nicht durch bloße Igl. Verordnung, sondern nur durch Gesetz aufgehoben werden.

Abg. Dr. **Windthorst** (Zentr.) verteidigt den Standpunkt des Abg. Dr. Brüel. Der Vertrag, durch welchen das Vermögen festgesetzt wurde, sei zwischen dem König von Preußen und dem ehemaligen König von Hannover abgeschlossen, und dieser persönliche Charakter des Vertrages sei nicht aufgehoben worden. Ein reiner Willensakt des Königs von Preußen genüge, um die Sache in Ordnung zu bringen.

Der nationalliberale hannoversche Abg. **Erasm** trat dem Minister in der Rechtsauffassung bei, sprach sich aber mit großer Wärme unter Bezugnahme auf von Bennigen, Riquel und frühere Beschlüsse des hannoverschen Provinziallandtags für die alsbaldige Rückgabe des Welfenfonds an den König Georg von Hannover aus.

Abg. **Enneccerus** konnte es dagegen nicht unterlassen, hervorzuheben, daß diese Ansicht der hannoverschen Nationalliberalen in der nationalliberalen Partei noch nicht zur Herrschaft gelangt sei.

Aus den sonstigen Erörterungen ist der erneute Versuch des Herrn von Puttkamer-Plauth hervorzuheben, Herr von Reibnitz des Verbens mit der Schnapsflasche für seine Wahl im Rosenberger Wahlkreise zu bezichtigen, wofür er jedoch selber nur eine noch dazu sehr wenig bestimmte Thatsache vorzubringen vermochte. — Freitag wird die Staatsberatung mit dem Kultusetat fortgesetzt.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 17. April.

Der Stadtvorordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. **Stryd**, eröffnet die Sitzung um 6¼ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Die ersten Gegenstände der Tagesordnung entbehren des öffentlichen Interesses.

Die Vorlage betreffend die Erweiterung des § 2 des Ortsstatuts über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der besoldeten Gemeindebeamten und Lehrer wird an einen Ausschuss verwiesen.

Der Etat der Reuter-Stiftung, des Gefinde-Fonds und der Sparkasse werden en bloc genehmigt.

Die Geldmittel, die zur Vorbereitung der Markthallenbauten in den Stadtteilen Moabit, Luisenstadt jenseit des Kanals und Tempelhofer Vorstadt erforderlich sind, werden bewilligt. Hierbei wird der Magistrat in einer Resolution aufgefordert, für den schleunigen Bau der Markthallen für den Wedding, Gesundbrunnen und Schönhauser Vorstadt zu sorgen.

Ausschüsse werden eingesetzt für die Vorlage betreffend Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Pankow über Gaszuführung aus den städtischen Gasanstalten und für die Vorlage, betreffend die Erwerbung von Terrain zu der Verbindungsstraße zwischen Gneisenau- und Blücherstraße.

Es folgt die Vorlage betr. die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts.

Bekanntlich hat der Oberpräsident nicht alle Anträge des Magistrats genehmigt, sondern eine ganze Reihe von Bedenken erhoben. Sein Hauptbedenken richtet sich gegen den Antrag, das Wahlrecht zu den Schiedsgerichten schon mit dem 21. Lebensjahre eintreten zu lassen; er hält das 25. Lebensjahr erst für den geeigneten Zeitpunkt hierzu. Ferner vermißt der Oberpräsident eine gesetzliche Vorschrift, welche den gewerblichen Schiedsgerichten die Befugnis zur Abnahme von Eiden beilegt. Der Magistrat hält diese Ansicht nicht für zutreffend, sondern hält daran fest, daß eine derartige Befugnis dem Schiedsgerichte beilegt werden soll und ebenso bleibt der Magistrat dabei, daß der Rechtsweg ausgeschlossen werden soll. In Betreff des ersten Punktes, den Zeitpunkt der Wahlberechtigung betreffend, schlägt der Magistrat dagegen vor, sich der Ansicht des Oberpräsidenten zu unterordnen.

Stadtv. **Luhauer**: Der § 8 der Vorlage bringt eine Abänderung, mit welcher der Magistrat sich dem Verlangen des Oberpräsidenten fügt. Als ich vor fünf Jahren den Antrag auf Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts stellte, ging ich von der Ansicht aus, daß das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung zu dem Gericht hergestellt werden müsse. Deswegen beantragte ich das Wahlrecht vom 21. Lebensjahre an. Die Versammlung und der Magistrat traten dieser Bestimmung bei, aber der Oberpräsident erhob Bedenken und verlangte das Wahlrecht erst vom 25. Jahre an. Der Magistrat fügte sich. Ich beantrage, auf der ursprünglichen Forderung bestehen zu bleiben. Alle Gutachten aus anderen Städten sprechen sich für das 21. Jahr aus. Die Arbeiter erhalten kein besonderes Recht; auch für die Unternehmer wollen wir dasselbe. Der Hinweis auf das Reichstags-Wahlrecht ist nicht stichhaltig. Das Wahlrecht zu den Landtagen, zu der Stadtverordneten-Versammlung beginnt schon mit dem 24. Jahre. Mit dem 21. Jahre hat ein jeder bereits Verfügungsrecht. Wenn man den Arbeitern anderer Städte zutraut, mit 21 Jahren das Richtige zu treffen, so kann man es auch den Berliner Arbeitern zutrauen. Der Oberpräsident hält das frühzeitige Wahlrecht nur für bedenklich, während er das recht des Schiedsgerichts, Eide abzuschweigen, für nicht haltbar erklärt. Trotzdem bleiben Magistrat und gemischte Deputation auf dieser Forderung bestehen. Um so mehr haben wir Grund, auch von der Forderung des Wahlrechts vom 21. Lebensjahre ab nicht abzulassen. Zu meiner großen Freude läßt der Entwurf das Frauenstimmrecht zu, obwohl der Oberpräsident es ebenfalls für bedenklich erklärt hat. Ein weiterer Antrag, den ich stelle, bezweckt die Befreiung der Bestimmung, daß Gesellen und Gehilfen, die bei Innungsmeistern arbeiten, nicht wählbar und wahlberechtigt sein sollen. Bei den Innungsmeistern, die ihr Innungsschiedsgericht haben, ist der Ausschluß berechtigt, nicht aber bei dem Gesellen, der häufig nicht einmal weiß, daß er bei einem Innungsmeister arbeitet. Besteht das Gericht erst einige Jahre und hat ein Meister während dieser Zeit zur Zufriedenheit der Interessenten seine Pflicht getan, so kann er, wenn es seinem Meister plötzlich einfällt, einer Innung beizutreten, mit einem Male sein Wahlrecht und seinen Meisterposten verlieren. Nehmen Sie meine Anträge an; Sie geben den Arbeitern dann Vertrauen zu der ganzen Einrichtung.

Stadtv. **Wick**: Prinzipielle Gründe lassen sich gegen die Erhöhung des Wahlalters nicht beibringen. Wo wir dem Oberpräsidenten entgegen kommen können, müssen wir es thun, wenn wir das Ortsstatut genehmigt haben wollen.

Von dem Stadtv. **Stadhagen** liegt der Antrag vor, die Vorlage einem Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. **Horwiz** beantragt die Verathung um vier Wochen zu vertagen, bis der Reichstag gesprochen hat, der sich mit einem Gesetzentwurf über die Gewerbe-Schiedsgerichte befassen wird. Die Entscheidung des Oberpräsidenten würde so wie so eine langsame sein.

Stadtv. **Stadhagen** erklärt sich gegen den Antrag Horwiz, der die Sache nicht um einen Schritt fördern würde. Diese Forderung wäre durch die Einsetzung eines Ausschusses zu erreichen. Die theilhaftigen Kreise haben sich theilweise über den Entwurf ausgesprochen, und diese Kritik gebe Anregung zu einer Reihe Abänderungen.

Der Antrag **Horwiz** wird abgelehnt.

Nachdem die Stadtv. **Kalisch** und **Wohlgemuth** ihre Zustimmung zu dem ersten Antrage des Stadtv. **Luhauer** ausgedrückt, den zweiten Antrag aber beifällig hatten, wird der Antrag **Stadhagen** auf Einsetzung eines Ausschusses abgelehnt.

Stadtv. **Stadhagen** glaubt nunmehr im Plenum mit einer Reihe Abänderungsanträge nicht zurückhalten zu dürfen, die aus den Wünschen der theilhaftigen Kreise hervorgegangen wären. § 19 lautet in seinen ersten Theilen: „Zu jeder Spruchsituation sind vier Beisitzer einzuladen, von denen zwei den Arbeitgeber und zwei den Arbeitnehmer angehören müssen. Zur Beschlußfähigkeit genügt die Anwesenheit des Vorsitzenden und zweier Beisitzer, von denen der eine Arbeitgeber, der andere Arbeitnehmer ist. Wenn drei Beisitzer erscheinen, wird der jüngere der doppelt besetzten Kategorie entlassen, derselbe erhält jedoch eine nach § 18 für einen halben Tag festgesetzte Entschädigung von 2 M. Die Beisitzer werden zu den Sitzungen vom Vorsitzenden einberufen, welcher auf eine möglichst gleichmäßige Heranziehung der Gewählten, sowie darauf zu sehen hat, daß thunlichst mindestens ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer demselben oder einem ähnlichen Berufswege angehören, wie die streitenden Parteien.“ Das Wort „thunlichst“ wenn man den Grundgedanken des Paragraphen ausrecht erhalten wolle, sei zu streichen. Im § 22 (Nr. 2) sei der Vortermin vor dem Kommissar des Gerichts zu befehlen; Einigungsversuche sollten nur vor dem befehligen Gericht zugelassen werden. In Nummer 7 desselben Paragraphen: „Als Bevollmächtigte der Parteien werden der Regel nach nur Angehörige, Berufsgenossen oder Angehörige derselben zugelassen. Im Falle der Abwesenheit oder Krankheit muß das Gericht, aus besonderen Gründen kann es andere Vertreter zulassen.“ — müsse „der Regel nach“ und der zweite gestrichen werden; um Rechtsanwälte und Linksanwälte auszuscheiden. Die Bestimmung, wonach eine Berufung auf Vornahme einer Handlung erfolgen könne, müsse ganz beseitigt werden, da sie nur zu Unzulänglichkeiten führe.

Stadtv. **Stadhagen** erklärt sich gegen diese Abänderungsanträge, die zu praktischen Unmöglichkeiten führen. Die Fassung

der beanstandeten Paragraphen sei der Niederschlag langjähriger Erfahrungen.

Stadt. Zubeil beantragt den Frauen auch das passive Wahlrecht zu verleihen.

Stadt. Meyer II bezeichnet die Vorlage als einen Kompromißvorschlag, auf den die Versammlung sich in der Erwartung stelle, daß auch der Oberpräsident sich auf ihn stellen werde. Dadurch sei die Grenze für die Debatte gezogen. Würde im Laufe der nächsten Wochen etwa noch ein Rechtsanwält in die Versammlung kommen, so rüfte er vielleicht wieder mit neuen Abänderungsanträgen heraus. Medner bittet, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Zum Wort gemeldet: Zubeil, Vogtherr.

Ueber den Antrag I des Stadtv. Lühauer (das Wahlalter betreffend) wird namentlich abgestimmt. Mit „Ja“ stimmen 43, mit „Nein“ 56 Stimmen. Der Antrag ist abgelehnt.

Auch der zweite Antrag des Stadtv. Lühauer, der Antrag Zubeil, sowie sämtliche Abänderungsanträge des Stadtv. Stadthagen werden abgelehnt.

Die Vorlage wird unverändert genehmigt.

Die übrigen unwesentlichen Vorlagen, die noch zur Berathung stehen, werden genehmigt.

Schluß 7¼ Uhr.

Lokales.

Arbeiter-Rath, Arbeiter-Ausschuß und ähnliche schöne Namen führen die neuesten Arbeiter-rendlichen Einrichtungen, mit denen manche Leute die heutige Arbeiterfrage mindestens zum größten Theile für gelöst betrachten. Wie solche Einrichtungen, wenn man sie genauer betrachtet, beschaffen sind, haben wir neulich bei dem Arbeiter-Ausschuß der Löwischen Fabrik kennen gelernt, heute liegt uns eine ähnliche Nachricht von einem anderen „Arbeiter-Rath“ vor. Unter diesem stolzen Titel — Titel sind heutzutage noch immer etwas Vielbegehrtes, nur die Arbeiter waren bisher gleichgültig dagegen und sollten es auch bleiben — besteht eine jener modernen, sozialpolitischen Einrichtungen, in der Anhaltischen Maschinenfabrik Augusta-Allee 28 in Wöabit. Unter dem Beirath dieses Arbeiter-Rathes kam nun zunächst eine bedeutsame „Reform“ zu Stande. Während früher die Arbeiter in der genannten Fabrik um 7 Uhr die Arbeit begannen und mit einstuändiger Mittagspause um 8 Uhr endeten, wurde zu einer Zeit, wo die gesamte Arbeiterschaft auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinstrebt, die Arbeitszeit in der Art verlängert, und zwar ohne einen Lohnzuschlag, daß der Beginn der Arbeit um 6 Uhr Morgens stattfinden müsse, und mit je einer Viertelstunde für die Frühstück- und Vesperpause und mit Verlängerung der Mittagspause von einer auf anderthalb Stunden um 8 Uhr abschloß. Erregte diese Stimmung schon mehrfach Unzufriedenheit, so wurde diese noch gesteigert, als vor einiger Zeit angeblich dringende Arbeit eintraf und Ueberstunden nötig wurden, vorläufig nur bis 7 Uhr Abends; aber ohne jeden sonst für Ueberstunden doch allgemein üblichen Lohnzuschlag. Die Dreher der Werkstatt erklärten sich mit dieser Anordnung nicht einverstanden und zwar buchstäblich aus dem Grunde, weil die Arbeiter um ihre Zustimmung zu dieser Neuerung garnicht befragt worden waren und von dem Abkommen, das der Arbeiter-Rath getroffen hatte, nichts wußten. Der Dreher B. wurde als Delegirter abgeordnet um mit dem Meister Noah zu verhandeln, damit man doch die Meinung der Arbeiter höre. Der Meister erklärte sich nach anfänglichen Bedenken auch bereit, eine Ermittelung über die Willensmeinung der Arbeiter zu veranlassen. Es sollte dies in der Art geschehen, daß Listen ausgesetzt wurden, in welche alle Diejenigen ihren Namen eintragen sollten, die mit der neuen Einrichtung nicht einverstanden sind. Die Auslegung der Listen erfolgte bei dem Arbeiter-Rath. Nun geht ja einige Courage dazu, in dieser Situation noch seinen Widerspruch durch Eintragung in eine Liste schriftlich festzulegen und so kam es wohl, daß die Listen im Ganzen nur vier Namen aufzuweisen hatten. Ob der Arbeiter-Rath dies klägliche Ergebnis als einen Triumph seinerseits betrachten konnte, mag dahingestellt bleiben. Bei der nächsten Lohnzahlung am Sonnabend aber wurde der Delegirte, der Dreher B., auf Veranlassung des Direktors entlassen. Der Vorfall zeigt deutlich, was ein Arbeiter-Rath leisten kann und noch deutlicher, was er nicht verhindern kann. Woher soll der Arbeiter Vertrauen zu dem vielgepriesenen „Vermittlungsglied“ zwischen ihm und dem Arbeitgeber gewinnen, wenn dieses Glied nicht in der Lage ist, einen Arbeiter, der nichts Anderes gethan hat, als daß er einen Auftrag seiner Kollegen ausgeführt, vor einer solchen Maßregelung zu schützen? Der Vorfall wird mit dazu beitragen, daß die Wachsamkeit der Arbeiter über ihre Interessen durch die neuen „sozialen Reformen“ nicht ermüdet und daß die Arbeiter nicht „zufrieden“ und nicht eingeschlafert werden.

Nach der neuesten Lebensmittel-Preisabelle der „Stat. Anz.“ ist der Preis des Weizens im März cr. an den meisten Markorten um ein Geringes (1—3 M.) zurückgegangen; nur Koblenz hatte einen Preisrückgang von 12 M. für 1000 Kg. Am billigsten war der Weizen, gleiche Qualitätsberechnung vorausgesetzt, in Breslau mit 180 M. für 1000 Kg., am theuersten in Danau mit 210 M. Der Durchschnittspreis aller Markorte betrug 189 M. gegen 190 M. im Vormonat. Der Roggen ist ebenfalls in der überwiegenden Mehrzahl der Markorte etwas billiger geworden, besonders im Osten. Bromberg hatte einen Preisrückgang von 8, Danzig, ebenso auch Görlitz einen solchen von 6 M. Nur einige rheinische Städte zeigen eine Preis-erhöhung (Machen um 7 M.). Den höchsten Preis hatte der Roggen in Kassel mit 185, den niedrigsten in Danzig und Posen mit 162 M. Der Durchschnittspreis aller Orte ist von 173 auf 171 M. gegangen. Die Gerste zeigt beträchtliche lokale Schwankungen. Koblenz und Köslin hatten Preisrückgänge von 10 M., Kiel und Königsberg Preisrückgänge von 11 bezw. 8 M. Den niedrigsten Preis hat die Gerste in Danzig mit 140, den höchsten in Koblenz mit 230 M. Der Durchschnittspreis beträgt, wie im Vormonat, 168 M. Der Hafer ist fast überall theurer geworden; die größten Preisrückgänge hatten die rheinischen Städte: Trier 13, Koblenz 11, Machen 9 M. Am billigsten ist der Hafer in Danzig und Straßburg mit 155, am theuersten in Radeburg mit 173 M. Der Durchschnittspreis aller Orte ist von 164 auf 167 M. gegangen. Die Kartoffeln sind in einzelnen Orten theurer geworden; erheblich (um 9 M.) nur in Straßburg; der Mittelpreis beträgt 44,4 M. gegen 43,6 M. im Vormonat. Am billigsten waren die Kartoffeln in Frankfurt a.O. mit 24,8 und in Köslin mit 25,0 M., am theuersten in Neuh mit 60 und Machen mit 65 M.; in Trier kosteten sie nur 38,9 M. Das Stroh ist im Osten und Westen meist billiger, in der Mitte etwas theurer geworden. Königsberg mit 7,5 M. und Neuh mit 4,8 M. hatten den größten Preisrückgang. Der Durchschnittspreis beträgt 62,5 M. gegen 63,7 M. im Februar. Machen mit 45,0 M. und Radeburg sowie Köslin mit 75,0 M. bilden die Extreme. Auch das Heu zeigt vorwiegend Preisrückgänge. Kiel hat eine Ermäßigung von 19 M., die beinahe ungläublich erscheint. Der Mittelpreis ist von 61,5 auf 59,0 M. gegangen. Den niedrigsten Preis hatte Danabrad mit 40,2 M., den höchsten Magdeburg mit 85,0 M. Die Fleischpreise zeigen wenig Veränderungen. Rindfleisch ist an 3 Orten billiger, an 8 theurer, Schweinefleisch an 3 billiger, an 5 theurer, Kalbfleisch an 5 billiger, an 7 theurer, Hammelfleisch an 1 billiger, dagegen an 8 theurer geworden. Speck hat an 4 Orten niedrigere, an 2 höhere, Schmalz an 1 niedrigere, an 4 höhere Preise als im Vormonat. Die übrigen Lebensmittel geben zu Bemerkungen keinen Anlaß. Ein Vergleich mit den Preisen des März v. J. ergibt, daß im Laufe des letzten Jahres theurer geworden sind: Hafer um 17,6 pCt., Schweinefleisch um 17,4, Gerste um 13,9, geräucherter inländischer Speck um 15,2 inlän-

dishes Schweinefleisch um 14,5, Roggen um 14,0, Kalbfleisch um 9,1, Roggenmehl um 7,4, Rind- und Hammelfleisch um 5,2, Rotherbrenn um 4,1, Weizen um 3,8 und Kaffee um 3,7 pCt.; denselben Preis wie vor einem Jahre hatten Stroh, Eßbutter und Reis; billiger sind geworden Eier um 1,6, Weizenmehl um 3,3, Bohnen um 5,7, Linsen um 5,9, Heu um 19,0 und Kartoffeln um 27,7 pCt.

Ueber Schnud- und Schauerromane sprach in der letzten Versammlung des Bezirksvereins Hofenhaide Stadtdirektor a. D. Dull. Den Hauptgegenstand des Vortrages bildete die Beleuchtung des neuesten „Sensationsromans“ „Der Scharfrichter von Berlin“. Etwa 80 Zuhörer dieses Schauerstückes sind bisher in eben der Ausstattung und mit Bildern verusfaltet erschienen, welche den äußeren Menschen ebenso entstellen, wie der Roman selbst den inneren Menschen zu einem Ferkelbild macht. Der Held des Romans ist äußerlich der frühere Scharfrichter Krautz, dessen Bildniß den Umschlag schmückt und dessen faksimilirte Schrift die Leser glauben machen will, daß die Phantastikgebilde des Romans auf Thatsachen beruhen, welche er dem Verfasser, Herrn Victor v. Hall, mitgetheilt habe. Der wirkliche Held aber ist „Graf Waldemar Marco-Sternenberg“, das Haupt einer Halbschmünzerverbände, welches mit den Spigen, wie mit dem Abschaum der Gesellschaft gleich gewandt verkehrt und eine Anzahl grauenhafter Verbrechen ohne jeden zureichenden Beweggrund verübt. Der Roman wendet sich nirgend an Herz und Gemüth des Lesers, sondern nur an die entzündete oder zu entzündende Einbildungskraft und giebt das Bild eines Lebens, wie es noch nie und noch nirgend gewesen. Wer auch nur eine der 80 Lieferungen liest, muß den Bestrebungen des in Weimar gegründeten Vereins für Massenverbreitung guter Schriften, welcher dem Leser eine gediegene Unterhaltung in guter Ausstattung zu billigem Preise bietet, den besten Erfolg wünschen. Der in Berlin bereits bestehende Zweigverein wird hoffentlich eine segensreiche Wirksamkeit entfalten.

Der schon erwähnte Vorlage über die Uebelstände auf der Abdeckerei ist das Protokoll der gemischten Deputation beigefügt, welche im Dezember v. J. von den städtischen Behörden eingesetzt worden ist, um dem Polizeipräsidium den Nachweis zu führen, daß von der städtischen Abdeckerei thatsächlich Fleisch entwendet und dann verkauft worden ist, und die Einwohner Berlins vor dem Genuß derartigen Fleisches geschützt werden müssen. Nach dem zwischen Polizeipräsidium und Abdeckereipächter abgeschlossenen Vertrage soll das Abdeckerei-Etablissement stets mit einer festen, nicht übersteigbaren Umfriedigung verwahrt, Nachts fest geschlossen und wohl bewacht sein, so daß Entwendungen thierischer Substanzen aus demselben nicht vorkommen können. Der Pächter ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nicht Fleisch in rohem Zustande von der Abdeckerei fortgeführt wird. Alles auf dem Zentral-Viehhofe, in den Rostschlachtereien, auf den Wochenmärkten, in den Fleischschauwärttern u. s. w. polizeilich beschlagnahmt und ihm zur Vernichtung oder gewerblichen Ausnutzung überwiesene Fleisch hat der Pächter auf polizeiliches Anfordern ohne Verzug abholen und beseitigen zu lassen. Daß diese Bestimmungen nicht hingereicht haben, Uebelstände zu vermeiden, ergibt sich daraus, daß der Stadtverordnete Kalisch, wie die „Vollst.-Ztg.“ berichtet, in der Deputation sieben Personen aus Reinickendorf, welche bereits bestraft worden sind, weil man bei ihnen aus der Abdeckerei entwendetes Fleisch vorgefunden hat, und zwei auf der Abdeckerei bisher beschäftigte Knechte, welche wegen wiederholten Diebstahls von Fleisch aus der Abdeckerei neuerdings angezeigt worden sind, namhaft machen konnte. Es ist daher unbegreiflich, daß das Polizeipräsidium dem Magistrat auf eine Anfrage antworten konnte, die in der Presse laut gewordenen Gerüchte über Entwendungen von Fleisch aus der Abdeckerei und Verwerthung desselben hätten sich nicht befähigt. Der Stadtverordnete Talle wies darauf hin, daß der Abdeckereipächter den Viehkommissionären für das ihm vom Viehhofe überwiesene Vieh, welches, wenn gesund, einen Werth von Hunderttausenden jährlich darstellen würde, Spottpreise zahle und, da die Kommissionäre die dadurch erwachsenden Verluste auf die Viehpreise schlugen, das hier zu Markte kommende Vieh unnötig vertheuert würde. Es sei daher notwendig, daß die Stadt selbst die Beseitigung und Ausnutzung des auf dem Viehhofe verworfenen Fleisches übernehme und dazu geeignete Anlagen auf dem Viehhofe errichte. Die Viehkommissionäre hätten sich schon vor längerer Zeit an das Polizeipräsidium gewandt, um die Erlaubniß zu erhalten, jenes Fleisch selbst zu verwerten oder durch einen Unternehmer verwerten zu lassen, sie seien aber abschlägig beschieden worden, weil nur die Abdeckerei Garantie für eine unschädliche Verwerthung des Fleisches gewähre. Vom Magistrat wurde mitgetheilt, daß vom Kuratorium des Viehhofes schon die Errichtung einer Anstalt zur Auslösung und Beseitigung des auf dem Viehhofe beanstandeten Fleisches ins Auge gefaßt ist, die nöthigen Vorarbeiten bereits stattgefunden haben und das Polizeipräsidium um seine Zustimmung ersucht werden wird. Jedenfalls wird darüber noch längere Zeit vergehen, da einer baldigen Verdingung der mit dem Pächter der Abdeckerei abgeschlossene Vertrag im Wege steht. Wenn aber auch die Errichtung einer Anlage zur Vernichtung des auf dem Viehhofe beschlagnahmten Fleisches sich schon in kürzester Zeit verwirklichen ließe, würde es doch unumgänglich nötig sein, auf Abstellung der Uebelstände auf der Abdeckerei zu dringen, weil dorthin auch das sonst in der Stadt gefallene und wegen Krankheit oder Krankheitsverdachts getödtete Vieh geschafft wird, und unter allen Umständen die Bürgererschaft davon geschützt werden muß, daß für ungenießbar und schädlich erklärtes Fleisch auf Umwegen wieder in den Verkehr gebracht wird.

Die „Literatur der Färdigungen“ haben die bestehenden Viehwohlverhältnisse gezeitigt, die einen tiefen Einblick in die Gemüthsverfassung der unter diesen Verhältnissen Lebenden gewährt. So lesen wir an einem Schaufenster der Rosenhaller Straße: „Ich bin zur Aufgabe meines Geschäftes gezwungen, da der Wirth dieses Hauses mir ohne Angabe des Grundes den Laden gekündigt hat.“ Ein Plakat in einem Zigarrengeschäft der Oranienstraße giebt von dem Woll des Badenidabers gegen seinen Rinde; die Ursache hierzu fand im folgenden Wortlaut Ausdruck: „Mit dem 1. Juli verlege ich mein Geschäftslokal nach der Ritterstraße, da mein Wirth es für gut befunden, den Laden des ihm gleichfalls gehörenden Nebenhauses an einen Konkurrenten zu vermieten.“ An dem Schaufenster eines kleinen Posamentierwaaren-Geschäftes in der Dresdenstraße lesen wir: „Nachdem ich von Jahr zu Jahr mit der Liebe gesteigert worden, sehe ich mich jetzt zur Aufgabe meines Geschäfts genöthigt.“ Jener Hutfabrikant in der Großen Friedrichstraße hat Schule gemacht, der aller Welt durch ein an seinem Geschäftslokal befindliches Plakat verkündete, daß er sein Geschäft auflösen müsse, weil der Wirth ihn plötzlich um 3000 M. gesteigert. Derartige Anschläge begegnen wir jetzt in der Köpenicker, Landsberger-, August- und anderen Straßen. Eine große Chocoladen- und Konfitürenfabrik in der Münzstraße macht bekannt, daß sie zur Aufgabe ihrer Filiale an dieser Stelle gezwungen wäre, weil der Wirth sie habe „ausmieten“ lassen.

Die Mormonen taufen in der Spree sand Montag Abend bei Stralau statt. Die große Berliner Baptisten-Gemeinde taufte früher auch im Freien, seit dem Jahre 1848 indeß geschieht dies nur alle vier Wochen in ihren beiden Kapellen, wo der Taufgang unter entsprechenden Feierlichkeiten in dem großen Bassin vor versammelter Menge untergetaucht wird.

Der Magistrat von Pöpenitz hatte an die dortige Schützenhilfe die Anfrage gestellt, ob dieselbe bei Kavallen und Ausläufen sich in den Dienst der öffentlichen Ordnung zu stellen geneigt sei und hat seitens des Vorstandes der Gilde eine zustimmende Antwort erhalten. Dagegen hat die gleichfalls befragte Feuerwehr die Rückfrage gestellt, ob die Stadt event. für die Unterbleibenden eines etwa bei derartigen Gelegenheiten ums Leben kommenden Kameraden zu sorgen gedente. — Dafür hat man wohl auch in Berlin für die Schützenbrüder 40 000 Mark bewilligt?

Von der rührenden Nemesis ereilt wurde in ein Berliner Betrüger, der sich Anfang Januar d. J. der Flucht nach der neuen Welt dem Arm der Gerechtigkeit entzog. Er hat in Berlin eine lange Reihe schwerer Verbrechen begangen, die er durch seine Flucht nach der neuen Welt zurückgelassen. Der brieflich verfolgte Flüchtling war der Großdehler und Mann H. Wegener, welcher ein im Südwesten, Kreuzberg Nordbachtstraße, eine belegen des Destillationsgeschäfts und in Nord unserer Stadt, an der Ecke der Hufiten- und Sunderstraße eine „Grande-Destillation“ inne gehabt hat. Er lebte auf großem Fuße, verkehrte in seinen Kreisen und hatte u. A. ein eigenes Reitpferd. Er hat die ungeheuren Schwindelereien ausgeführt und zum allergrößten Theile Leute, die ihm, dem redgewandten Geschäftsmann, saueren Erparnisse vertrauensvoll übergeben hatten, schädigt. Die Summe, um welche Wegener seine Berliner geprellt hat, wird auf mindestens 200 000 M. geschätzt. Von dem Bekamwerden der Flucht des W. hatten die Gläubiger 1000 M. aufgebracht, die als Prämie für die Ergreifung des trügerischen Verwunders finden sollte. Nach einer hierher Nachricht ist den amerikanischen Behörden die Dingfeste des geriebenen Erzschwindlers geglückt, und so wird nun seiner erfolgten Auslieferung von den Berliner Gerichten wegen für seine verbrecherischen Thaten jubelnd bekommen. Der reiche hatte eine separirte Frau M. auf seiner Flucht nach Amerika mitgenommen. In Amerika angekommen, ist jene Frau M. überdrüssig geworden, und er wollte sich kurzer Zeit lästigen Anhängels, der Frau M., entledigen. Dieser wurde zu seinem Verderben, dem Frau M. entdeckte ihn unter falscher Flagge, d. h. falschem Paß, reisste, der Behörde letztere nahm den sauberen Vogel in Haft.

Uebereine Verbrechen machen gegenwärtig den Stadt unsicher. Bereits vor den Osterfeiertagen sind mehrere Einbruchdiebstähle aus jener Stadtgegend gemeldet und nach den Feiertagen scheinen die Diebe ihr Handwerk ungeschwächt kräften zu betreiben. Am vergangenen Sonntag wurde wieder ein Einbruchdiebstahl in dem Hause Marktstraße 35—36 in der Wohnung eines Magistratsbeamten verübt, wobei die Diebe sich genau über die Zeit unterrichtet hatten, in welcher die Wohnung ohne Aufsicht war. Mit der Treuehaftigkeit die Diebe dort zu Werke gehen, ist in dem Waldemarstr. 69 am vergangenen Sonnabend beobachtet worden. Am hellen Tage erschien dort auf dem Hofe des Hauses ein Mann, der neugierig in die Fenster der Parterrewohnung hineinblickte; eine hinter der stehende Frau beobachtete den Fremden unbemerkt, machte sich alsbald an dem Schloß einer anstehenden Thüre zu schaffen, nachdem er sich durch lautes Anklopfen gezeugt hatte, daß Niemand in der Wohnung anwesend war, hörte die an der Thüre lauschende Nachbarin ein Knacken, wenn ein Schlüssel abbricht, und bald darauf klopfte der auch an ihre Thüre. Als demselben geöffnet wurde, fragte er in dem Hause unbekanntem Person und entfernte sich, erhaltener Antwort. Die Frau eilte hinter ihm her und ständigte den Wirth des Hauses, der dem Verdächtigen eilte und ihn aufforderte, mit zur Wache zu kommen. Gestärkt über die Insinuation ging der Fremde mit, um vor der Thüre der Polizeiwache einen Fluchtversuch zu machen. Er wurde von einem Soldaten gestellt und legitimirt auf der Wache durch eine Anzahl von Schlüssel und die man in seinen Taschen fand, als „schwerer Junge“ nicht zur Ausführung gekommenen Besuch hatte er der eines in der Markthalle ausstehenden Fleischers zugeordnet, dessen Besitz er allerdings baars Geld vermuthen konnte.

Polizei-Gericht. Am 16. d. M. Abends wurde ein in seiner Wohnung in der Steinstraße erpängt vorgefunden, derselben Zeit fiel ein unter sittenpolizeilicher Kontrolle Mädchen, als es am Friedrich-Stralauer sich auf einen Spaziergang wollte, in die Spree, wurde jedoch wieder aus dem gezogen und nach der Charitee gebracht. — Im Laufe der fanden an drei verschiedenen Stellen kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Der sozialdemokratische Reichstagskandidat Teltow-Berskow-Storkow-Charlottenburg, Dr. drucker Wilhelm Werner aus Berlin, hatte sich am Mittwoch dem Potsdamer Schöffengericht unter der Anklage der Verleumdung zu verantworten. Die Angelegenheit ist eine der letzten Reichstagswahl-Bewegungen und spielte sich am 27. d. M. in dem Lokale von Bugow zu Nowawes-Neuenhagen ab, in welcher der Reichstagskandidat Dr. Rosenbaum am dem den Vortrag hielt. An den Vortrag schloß sich eine Sitzung, bei welcher Herr Werner das Wort nahm, das ihm von den Vorsitzenden unter der Bedingung ertheilt wurde, daß er sich Grenzen der Gesehe halte und nicht länger wie zehn Minuten spreche. Als Werner diese Redezeit überschritt, wurde er von den Vorsitzenden mehrmals ersucht aufzuhören, und als er dies that, erhob sich der Gendarm Dorrow, welcher die Verlesung überwachte und rief Herrn Werner zu: „Fügen Sie sich den Anordnungen des Vorsitzenden!“, worauf Werner entgegnete: „Sie haben mir gar nichts zu sagen, sondern Sie können die Versammlung auflösen, wenn ungeschickliche Handlungen kommen.“ — Der Vorsitzende ließ hierauf eine Pause einlegen und forderte die Sozialisten auf, den Saal zu verlassen, was sofort geschah. Durch die Worte: „Sie haben mir gar nichts zu sagen.“ fühlte sich indeß der Gendarm Dorrow beleidigt, seine vorgesetzte Dienstbehörde stellte dieserhalb Strafanzeige gegen Werner, daß der Inhalt der Worte beleidigend sei, er habe lediglich in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, denn der Gendarm habe, ohne daß er von den Vorsitzenden dazu veranlaßt worden sei, vollständig ungeschickliche Debatte eingegriffen und könnte höchstens als Privatperson leitig sein. Der Gerichtshof war indeß der Ansicht, daß der Gendarm auch während der ganzen Zeit der Versammlung nicht zugegen gewesen sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, müßte sich gehandelt habe und erkannte auf 30 M. Geldstrafe drei Tage Gefängniß und Publikation des Urtheils.

Soziale Uebersicht.

Adnung! Metallarbeiter! Kollegen, schon zum holtten Male hat der Vorstand des Allgemeinen Metallarbeitervereins Berlins und Umgegend an dieser Stelle vor jeder Versammlung, auf die vom Verein ausgegebenen Adnungen zu einer Statistik sämtlicher Metallarbeiter aufmerksam gemacht, und die Kollegen aufgefordert, diese Fragebogen wahrheitsgemäß auszufüllen und zurück zu liefern. Kollegen, es ist jedem Metallarbeiter klar, daß die tieftraurigsten Zustände sich in unserem einst so schönen Gewerke, durch die ungünstigen Verhältnisse begünstigt, eingebürgert haben, nicht fortbestehen können.

Kollegen, um aber Forderungen stellen zu können, müssen doch in kürzester Zeit gestellt werden, ist es nicht notwendig, daß wir uns vorher genau von allen Umständen, die uns bedrücken, überführen, und wie unsere Forderungen darnach stellen können. Kollegen, Wissen ist Macht, nur die eingehendste Kenntniß wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse ist es, die uns in die Lage, unsere Forderung zeitgemäß zu stellen und können wir sie infolge dessen der Öffentlichkeit gegenüber auf weiß beweisen, so, Kollegen, bedenkt, ist die Meinung auf unserer Seite, mit ihr muß in einem Kampfe

dingt arbeit Verei angeh Frage damit Arbeit sind J. Da berger Unger Köpni 4 Tr. Urban nachw genden Denfel Ott, J. Cuvry Wolf, dorfer Viel, Allg. Meck durch aufsch Arbeit ten sic welche zu th sprech in der um die Verfan kommi bezeich waren des ge stellen dem A Arbeit ertheil weil d Verfp. Kritik anstalt handel sprach nachg der A bezeich daß d Herr u war e nation schiebe Mein hat Schro noch d Der A Beitr unferer Trost fügen sagt, zu erkl stuh A, lungst am D esse ei schiedl auftra welche der v und d immer dem c und g Den A Die ntema sehr t lokal beitn 28. d. aüßer 1. d. forder C Frau lung i Mitt 1. St samm lenden Andre sowie von A Vier l Daran an di diese 17. d wieder (neun verlu entled ten se außer Greif Die A gefaßt auf je tionei schen tonar drung forde lich Sollte Entla schied Wahr samu Fabr

dingt gerechnet werden, daher rufen wir Euch nochmals zu: „Metallarbeiter aller Branchen!“ Ganz gleichgültig, ob Ihr dem Metallarbeiter-Verein, einem andern Verein, oder zur Zeit keiner Organisation angehört, eruchen wir Euch alle, die unsererseits ausgegebenen Fragebogen genau, wahrheitsgemäß und gewissenhaft auszufüllen, damit wir in der Lage sind, eine möglichst genaue Uebersicht der Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe zu haben. Fragebogen sind zu haben und ausgefüllt zurückzuliefern bei folgenden Kollegen: J. Hartmann, Reichenbergerstr. 78, v. 4 Tr.; P. Wittig, Reichenbergerstr. 23, Hof 2 Tr.; D. Klein, Ritterstr. 15, im Laden; W. Unger, Kesselftr. 20; G. Wolf, Reinholdsdorferstr. 14a; P. Köpcke, Köpckeplatz 151, v. 4 Tr.; G. Mengler, Staligerstr. 147a, vorn 4 Tr.; R. Kollack, Reichenbergerstr. 106a, v. 3 Tr.; F. Hoffmann, Urbanstr. 82, v. 4 Tr.; W. Kurgast, Antonstr. 6; im Arbeitsnachweis, Wallstraße 7-8; in allen Verwaltungen und in folgenden Poststellen des Sonnabends von 8-9 1/2 Uhr Abends: Hensel, Prinzen- und Sächsischestraße-Gas; Gasel, Barutherstr. 6; Ott, Dieffenbacherstr. 80; Ohm, Rindorf, Jägerstr. 24; Biemer, Gwyrstr. 16; Köllner, Kottbuserstraße; Verschleb, Kbalberstr. 4; Wolf, Gerichtsstr. 44; Gnadt, Brunnenstr. 88; Böhl, Rüdersdorferstr. 8; Gaugl, Weinst. 22; Jungnickl, Bernauerstr. 109; Biet, Birkenstr. 24; Grande, Oranienstr. 198. Der Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgebend.

Betreffs des gestrigen Artihels, „Maßregelung eines Mechanikers der Firma C. Lewert“, können wir mitteilen, daß durch einmütiges Zusammenhalten der Kollegen diese Maßnahme aufgehoben worden ist und der Betreffende an seinem bisherigen Arbeitsplatz wieder eingestellt wurde. Die Kollegen verpflichten sich, bei etwaigen weiteren Maßregelungen gegen diejenigen, welche für die Gehilfenforderungen eingetreten sind, ein Gleiches zu thun und gab der Arbeitgeber ein dahin bindendes Versprechen ab.

Versammlungen.

Die Kollkutscher traten am 17. April, Morgens 9 Uhr, in den „Arminhallen“ zu einer neuen Versammlung zusammen, um über den Verlauf des Generalstreiks weiter zu berichten. Die Versammlung wurde um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden der Lohnkommission eröffnet. Die Versammlung ist als eine glänzende zu bezeichnen, da, wie gestern, ca. 700 Mann wieder erschienen waren. — Kollege Danneberger berichtet zuerst über den Verlauf des gestrigen Tages und hob hervor, daß derselbe ein zufriedenstellender sei. Den Kutschern der Firma Selowsky, welche stets dem Verein angehört, und infolge dessen am 18. einmütig die Arbeit eingestellt hatten, wurde von der Lohnkommission der Bescheid erteilt, daß sie am 17. d. M. die Arbeit wieder aufnehmen könnten, weil der Unternehmer seinen Kutschern gegenüber das mündliche Versprechen abgab, seinem Spediteur jetzt irgend zu helfen.

Die Firma Arheim u. Co. wurde insofern einer scharfen Kritik unterzogen, als der betreffende Chef es sich nicht versagte, anstatt mit der Lohnkommission mit anderen Personen zu verhandeln. Die Kutscher genannter Firma, welche ihrem Versprechen am vorhergehenden Tage in der Versammlung nicht nachgekommen waren, haben durch ihr Erscheinen in der heutigen Versammlung dieses wieder gut gemacht. Die Berichte verschiedener Zeitungen müssen wir als erfundene bezeichnen, und haben wir hierzu unsere Kollegen als Zeugen, daß dieselben den Sachverhalt falsch darstellen. Der Vortrag des Herrn Schütte, der sich hauptsächlich aus Vorgenannten bildete, war ein sachlicher. Er hob hervor, daß durch alle diese Machinationen die Spediture nur suchen, einen Keil zwischen uns zu schieben. Er führte ferner noch aus, daß die öffentliche Meinung auf unserer Seite sei. Der Generalstreik hat sein Entschieden, sowie den Fortgang nur der Schrotstein der Herren Chefs zu danken, weil die Herren immer noch der Meinung sind, sie wären Alles und die Kutscher Nichts. Der Redner legt allen Anwesenden ans Herz, ihr mannhafte Betragen so weiter zu bezeugen, und versichert, daß der Sieg der unsere sei. Er machte ferner bekannt, daß der Verein der Trotschkutscher zu Berlin 100 M. für die Streikenden zur Verfügung gestellt habe. Fernere 500 M. wurden dem Verein zugesagt. Hieraus wurde beschlossen, den Generalstreik ferner aufrecht zu erhalten und eine Versammlung zu Freitag, den 18. d. M., früh 8 Uhr, in den Arminhallen bekannt gemacht. In derselben Dube, wie sie gekommen, verlassen die Kutscher das Versammlungslokal.

Die Fachvereinsversammlung der Lederarbeiter hielten am Montag im Vereinslokal, Oranienstr. 180, mit großem Interesse ein Referat des Stadtverordneten Friß Zubeil über Gewerbeschiedsgerichte. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage beauftragte die Versammlung den Vorstand, eine Resolution, in welcher die Forderung des gewerblichen Schiedsgerichts im Sinne der vom Redner besprochenen Vorlage gestellt wird, auszuarbeiten und der Stadtverwaltung einzureichen. — Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten, nahm die Versammlung Kenntnis von dem ausgebrochenen Streik der Kartondruckerinnen und Arbeiter und gewährte die größte Unterstützung in jeglicher Hinsicht. — Den Müßelpolitern wurden auf Ersuchen 30 M. überwiesen. — Die Hamburger Kollegen warnen vor Zuzug; wenigstens solle niemand dort unter 21 M. Lohn arbeiten, da der Unterhalt ein sehr theurer ist. — Biletts zu dem am 26. April im Vereinslokal stattfindenden Tanzfranzosen sind in unentgeltlichen Arbeitsnachweis des Vereins, bei Sperling, Dramenplatz, zu 50 bzw. 25 Pf. zu haben. — Auf die Generalversammlung am 29. d. M. wird hier noch besonders hingewiesen, da wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung, u. a. Beschlußfassung über den 1. Mai, das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich ist.

Eine imposante, den großen Saal des Böhmischen Brauhauses bis auf den letzten Platz füllende Generalversammlung der streikenden Kartondruckerinnen und Arbeiterinnen fand am Mittwoch, den 16. April, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zu den von den Fabrikanten gefassten Beschlüssen. 2. Bericht der Kommission. — Der Vorsitzende der Versammlung, Herr Greiffenberg, machte bekannt, daß sich alle streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen täglich im Streikbureau, Andreasstr. 26 bei Holzmann, behufs Kontrolle zu melden haben, sowie daß dort Streikkarten ausgegeben werden. Eine kleine Zahl von Fabrikanten (zehn) haben die Forderungen schon bewilligt. Hier davon haben den Hovers des Streikkomitees unterschrieben. Daraus verlas Herr Greiffenberg ein Zirkular der Fabrikanten an die ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen, in welchem diese aufgefordert werden, spätestens am Donnerstag, den 17. d. M., die Arbeit in ihren bisherigen Arbeitsstellen wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie der Vergünstigungen, (neunstündige Arbeitszeit, thunlichste Erhöhung der Alfordöhne), verlustig gehen. — Der Referent zum 1. Punkt, Herr Möhle, entledigte sich hierauf zur vollen Zufriedenheit der Versammelten seiner Aufgabe. Die darauf folgende Diskussion war eine äußerst animierte. Es beteiligten sich daran die Herren Tamm, Greiffenberg, Stein, Möhle, Grobe, Jost, Zahn und Siegfried. Die Äußerungen der Redner stimmten darin überein, an den gefassten Beschlüssen festzuhalten und die achtstündige Arbeitszeit auf jeden Fall zum Durchbruch zu bringen. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: „Die heute im Böhmischen Brauhaus“ stattfindende öffentliche Versammlung der Kartondruckerinnen und Arbeiter erklärt, nicht eher den aufgedrungenen Streik zu beenden, bis sämtliche aufgestellten Forderungen bewilligt sind, und die Fabrikanten schriftlich erklären, keine Maßregelungen stattfinden zu lassen. Sollten aber trotzdem unter irgend einem Vorwand Entlassungen von Leitern der Streikbewegung stattfinden, so entscheidet darüber die bestehende Kommission, inwieweit diese als Maßregelungen zu betrachten sind. Ferner beschließt die Versammlung, daß nur die Behälter-Kommission befugt ist, mit den Fabrikanten zu unterhandeln; daß weitere Bewilligungen der

Fabrikanten nicht zu beachten sind und nirgends die Arbeit aufgenommen werden darf, bevor nicht alle Fabrikanten bewilligen; daß also der Generalstreik aufrecht erhalten bleibt.“ — Unter Verschiedenem wurde eine Resolution angenommen, nur noch in Geschäften zu kaufen, welche vom 8. Mai ab Sonntags Nachmittags geschlossen sind. — Nachdem der Vorsitzende bekannt gemacht hatte, daß am Freitag Abend im „Königshof-Kasino“ eine Versammlung der streikenden Kartondruckerinnen und Arbeiterinnen stattfindet, schloß er die zum größten Teil von Arbeiterinnen besuchte Versammlung.

Eine Versammlung sämtlicher Arbeiter der Ludw. Löwe'schen Fabrik war für den 18. d. M., Abends, nach dem Konzerthause Sanssouci einberufen worden. Die Versammlung, welche unter Vorsitz des Herrn Wegener abgehalten wurde, hatte das geräumige Versammlungslokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Arbeiter der Ludw. Löwe'schen Fabrik gestorben und am Mittwoch Nachmittags zur letzten Ruhe bestattet worden sei. Zum ehrenvollen Andenken an den Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden einmütig von ihren Plätzen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Arbeiter der Ludw. Löwe'schen Fabrik zum 1. Mai?“ nahm sodann der Referent, Herr Alwin Gerisch, das Wort, um in einem überaus fesselnden und lehrreichen Vortrage den anwesenden Arbeitern die Nothwendigkeit einer Verklärung der Arbeitszeit begründlich zu machen und die weitere Nothwendigkeit einer nachdrücklichen Manifestation zu Gunsten der geforderten Verklärung der Arbeitszeit denselben klar vor Augen zu führen, einer Manifestation, welche den herrschenden Gewalten keinen Zweifel lasse über den Willen der Arbeiter. Als Tag dieser Kundgebung ist bekanntlich der 1. Mai d. J. vorgesehen worden. Die Metallarbeiter haben bereits in zwei Versammlungen Beschluß gefaßt über die Feier des 1. Mai und ständen, wie der Referent meinte, mit gebundener Marschruthe da. Er war ferner der Meinung, daß die Anwesenden ihre Zeit nicht begriffen hätten, wenn sie nicht wüßten, was sie am 1. Mai zu thun haben. Vor Allem richtete Redner einen dringenden Appell an die Anwesenden, sich durch nichts und auch durch Niemand zu irgend etwas hindern zu lassen. Möglich sei es ja, daß den Arbeitern am 1. Mai d. J. jedwede öffentliche Kundgebung unmöglich gemacht werde. Wenn dieser Fall auch eintreten sollte, das Eine konnte den Arbeitern doch nicht gewehrt werden, daß sie sich an diesem Tage ruhig in ihre Stube setzen. Auch solle an diesem Tage Hershau gehalten werden über diejenigen, welche sich einer Organisation angeschlossen haben. Ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß sich jeder Arbeiter schämen müsse, der heute noch seiner Organisation angehöre, ermahnte Redner alle Säuwigen, die Zeit zu benützen, und bis zum 1. Mai alle dem Allgemeinen Metallarbeiterverein beizutreten. Die Wirkung des vorerwähnten Vortrages trat recht anschaulich zu Tage in dem Votumsurkunde, welcher demselben am Schluß seitens der Versammlung entgegengebracht wurde. Im Laufe der folgenden Diskussion brachte Herr Trenkler folgenden Antrag ein: „Die heutige Versammlung der Ludw. Löwe'schen Fabrik möge beschließen, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu begehren“, denselben in eingehendster Weise begründend. Zur Diskussion sprachen nur die Herren Schmidt und Vorreiter. Dann wurde die Rednerliste geschlossen, um die Wirkung des Vortrages nicht abzuschwächen. Besonders wurde betont, daß, wenn die Arbeiter der Löwe'schen Fabrik geschlossen am 1. Mai nicht arbeiten, Maßregelungen nicht vorzunehmen können und daß die Löwe'schen Arbeiter es der Gesamtheit schuldig seien, am 1. Mai zu feiern. Herr Vorreiter beifügte demselben, der Fabrikdirektion von der Ansicht ihrer Arbeiter, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, in geeigneter Weise Kenntnis zu geben und beantragte er zu diesem Zwecke die Wahl einer „Secher-Kommission“. Nach einem Schlußworte des Referenten beschloß die Versammlung einstimmig, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu begehren, d. h. an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen und wählte sodann eine sechsgliedrige Kommission, bestehend aus den Herren Wegener, Stoback, Vorreiter, Otto Globig, Wille und Müller (Martinikensfelde), dieselbe beauftragend, der Fabrikdirektion den Versammlungsbeschlus zu unterbreiten und deren Willensmeinung eingeholen. — Nachdem nach Herr Dr. Agerl Gelegenheit, sich den Arbeitern persönlich vorzustellen und sich zu empfehlen für den demnächst für Martinikensfelde valant werdenden Arztposten der Fabrikliste. Die Artangelgenheit veranlaßte Herrn König, den Arbeitern den Beitritt zur freien Hilfskasse der Metallarbeiter, sowie das Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ und die „Berliner Volksbibliothek“ zu empfehlen. Die streikenden Schraubendreher (700) wurden betreffs Unterstützung dringend in Erinnerung gebracht. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung, das einen brausenden Widerhall in der Versammlung fand, schloß der Vorsitzende schließlich die Versammlung.

Eine öffentliche Volksversammlung für Schönberg und Umgegend tagte am 14. April in der Schloßbrauerei zu Schönberg unter dem Vorsitz der Herren Freidant, Albrecht und Schmidt mit der Tagesordnung: Der Achtstundentag und seine Bedeutung. Das Referat hierzu hatte Herr Alwin Gerisch übernommen. Redner entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute, Montag, den 14. April, tagende Volksversammlung für Schönberg erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklart in der heutigen anarchischen Produktionsweise eine Demoralisierung der arbeitenden Klasse; erklart ferner den 1. Mai als einen internationalen Feiertag, welcher eine Demonstration zu Gunsten des achtstündigen Maximalarbeitstages, sowie eines internationalen Arbeiterschutzes sein soll; auch spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß an diesem Tage die Arbeit ruhe. Ferner wurde bekannt gegeben, daß von der Intendantur der Erlaß ergangen ist, daß dem Militär der Besuch der Schloßbrauerei zu Schönberg untersagt ist, weil Sozialdemokraten dort verkehren. Nun ist es Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Arbeiters, daß er seine Erholung des Sonntags in der Schloßbrauerei zu Schönberg sucht, damit dem Pächter des genannten Etablissements durch sein kein direkter Schaden erwächst. Die Schloßbrauerei ist das einzige Lokal in Schönberg, welches seinen Saal zur Versammlung hergiebt. Es wurde beschlossen, einen Miethverein für Schönberg zu gründen, wozu in kurzer Zeit eine Versammlung einberufen werden soll. Genosse Gärlich legte sein Amt als Lokalkommissions-Mitglied nieder, an dessen Stelle wurde Genosse August Buchholz, Oranienwaldstraße 125, gewählt.

Die Lokalkommission besteht jetzt aus folgenden Genossen: Albert Schmidt, Rollendörferstr. 15, August Buchholz, Oranienwaldstr. 125.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Ausgelöste Versammlung. Die am 15. April bei Gratweil tagende Schriftstellers-Versammlung hatte als 1. Punkt der Tagesordnung „Der Achtstundentag und der 1. Mai“. Der Referent, Max Baginöhl, erklart, keine Vorschläge wegen der Feier des 1. Mai machen zu können, weil der heut bekannt gemachte Beschlus der sozialdemokratischen Fraktion gekommen ist, ein Beschlus, der den abseits stehenden Elementen eine billige Ausrede verschaffen wird; die Demonstration wird nicht in der Weise ausfallen, wie wünschenswert war. Den Beschlus über die Feier des 1. Mai überlasse er der Versammlung. Ueber den Achtstundentag führt Redner aus, daß ein Umföhrung eingetreten sei, indem die von den Arbeitern gestellten Forderungen, welche früher als unausführbar angesehen worden, jetzt von den herrschenden Parteien selber in Vorschlag gebracht werden. Dieser Umföhrung in den herrschenden Parteien komme daher, weil sie sehen, daß

die Arbeitermasse eine Macht geworden ist, da heißt es denn, die soziale Frage werde von oben gelöst; die Arbeiter aber werden sich nicht von dem Treiben der höheren Gesellschaftsklassen betören lassen. Auf der Tagesordnung der internationalen Arbeiterschutts-Konferenz stand die Verkürzung der Arbeitszeit, auch die Arbeiter werden sich damit befassen müssen. Durch die überlange Arbeitszeit werde die Verumpfung der Arbeiter herbeigeföhrt. Wer nichts gelernt hat, sagt, in zwölf Stunden verdient man mehr wie in acht. Genauer betrachtet ist das Gegenteil der Fall, denn in allen Branchen mit langer Arbeitszeit ist der Verdienst geringer, als in denen mit kürzerer Arbeitszeit. Je weniger die Arbeitskraft sich anbietet, um so mehr steigt sie im Preise. Je mehr sich die Arbeitslosen anbieten, wird die Waare Arbeitskraft sinken, jene Arbeitslosen werden durch Verkürzung der Arbeitszeit unterkommen finden. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird den Arbeiter in den Stand setzen, sich ein Verständnis anzueignen, um die großen Ziele der Menschheit zu verfolgen. — Hieraus kommt Redner auf das Wesen des Kapitalismus zu sprechen. Das Groskapital werde größer und größer, mit welchen Mitteln dies geschieht, erkennt man, wenn man sieht, wie sich die Groskapitalisten vereinigen, um alle Waare aufzukaufen und nachdem sich die Nachfrage immer mehr gesteigert, wird die Waare mit großem Profit verkauft, der Arbeiter wird also nicht nur als Produzent, sondern auch noch als Konsument übervothteil; die ganze minder begüterte Klasse wird hierdurch in Mitleidenschaft gezogen, das Kleinkapital hierbei aufgeföhrt. Die Noth und die Verdröber sind naturnothwendig wie die Bagabunden durch die heutigen gesellschaftlichen Zustände geöhlet. Wie weit wir schon gekommen sind, erhellt aus dem Umstande, daß trotzdem ganze Bevölkerungsklassen Mangel leiden, die Magazine geföhlt sind, so daß Abgabebiete in Kolonien gesucht werden, da habe die große nichtbestehende Klasse ein Recht, mit diesen Zuständen unzufrieden zu sein. Je länger dieser Zustand andauert, werden die Reichen immer reicher und die Armen ärmer werden, der Mittelstand, der jetzt wie ein Bleigewicht an die Arbeiter hängt, wird verschwinden, eine Brücke zwischen ihm und dem Groskapital giebt es ebensowenig wie zwischen Kapital und Arbeit, wenn also dieser Mittelstand alle Selbstständigkeit gelöhlt wird aufgegeben haben müssen und auf den Punkt angelangt ist, daß auch er wie die Arbeiter nicht mehr zu verlieren

Hier wird die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst.

Die Pofamentierer und Berufsengenossen tagten am Montag, den 14. d. M., im Lokale Feuerstein, Alle Jaldstr. 75, mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille über die kommunistische Gemeinde in Maria. 2. Diskussion. 3. Rechnungslegung. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Der interessante und lehrreiche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Auch die Diskussion war interessant. Nach ihrer Beendigung ging man zum 8. Punkt der Tagesordnung, Rechnungslegung, über. Die Einnahme betrug im 1. Quartal 196,10 M., Bestand vom 4. Quartal 40,84 M., Summa 236,94 M. Die Ausgaben im 1. Quartal betragen 173,25 M., mithin war am 1. April ein Kassenbestand von 63,69 M. vorhanden. Nachdem dem Kassirer Decharge erteilt war, berichtete Herr Heidsfeld über den Mitgliederstand. Es waren neu eingetreten 20, die gleiche Zahl mußte wegen residuierender Beiträge gestrichen werden, und der Verein zählt jetzt 160 Mitglieder. Die Arbeitsnachweis-Kommission brachte nun ihr abgeändertes Reglement zur Verlesung, in dem die folgenden Punkte von Wichtigkeit. Die Arbeitsvermittlung geschieht an Wochentagen Abends von 8-9 Uhr, an Sonntagen Vormittags von 10-11 Uhr. Jüngerer Kollegen aus Städten, in denen keine Organisation besteht, werden als gleichberechtigt mit den Vereinsmitgliedern angesehen und jeder erhält 1,50 M. Unterstüzung. Dieses Reglement wurde von der Versammlung angenommen. Hierauf wurde gegen Herrn Möhden, der sich in dem Verein sowohl wie in der Allgemeinheit als Märtyrer der Arbeiterbewegung auszeichnet, und im „Berliner Volksblatt“ ein Inserat hat einsehen lassen, daß nicht auf Wahrheit beruht, folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung der Pofamentierer beschließt, den Pofamentierer Karl Möhden nicht mehr in ihren Verein aufzunehmen und giebt hiermit ihre Entzöhung gegen denselben öffentlich kund, da er die Interessen des Vereins sowohl wie die der ganzen Arbeiterchaft mit Füßen getreten hat. Nachdem nun noch bekannt gemacht wurde, daß am Freitag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr, bei Reim, Oberwasserstr. 12, eine Verschieden-Versammlung stattfindet, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Zentral-Frankenkasse der Maurer u. „Grundstein zur Eingkeit“, welche leider schwach besucht war, tagte am 14. d. M. im Suggenhagen'schen Saale, unter Leitung der Herren Weise, Heintze und Müller. Ersterer führte nun zunächst als Grund zur Einberufung die verschiedenen Beschwerden der Mitglieder an, bedauert aber zu gleicher Zeit, daß nun am heutigen Abend, wo über diese Sache beraten und beschlossen werden soll, so wenig erschienen sind. Thatsächlich seien die Mitglieder der freien Hilfskassen etwas aufgeweckter und deshalb den Meistern ein Dorn im Auge; obgleich sie hier keinen Vertrag zu zahlen und auch keine Wähe und Unstände davon haben, agitiert doch ein großer Teil der Arbeitgeber aus gewissen Prinzipien für die Ortskassen. Ein in früheren Jahren von der städtischen Verwaltung an dieselben gerichtetes Rundschreiben habe ja seinen Zweck seinerzeit nicht verfehlt, seitdem habe sich aber das Verhältniß in der Weise geändert, daß viele Kleinmeister der Zünfte — als berufsmäßige Verfechter der Ortskassen — beigetreten sind, um bei event. Annahme des in Aussicht genommenen Zünftegesetzes auch Lehrlinge beschäftigen zu dürfen. Redner führt nun noch die Vortheile der Hilfskassen gegenüber den Ortskassen, welche schon des Ofteren erwähnt wurden, an. In der Meinung in einer größeren Stadt eine beweiskräftige diesbezügliche Maßregelung gerichtlich durchzusetzen, schloß er mit dem Wunsch reger Agitation für die Hilfskassen, damit dieselbe der maßgebende Faktor wird. Die hierauf folgenden Redner schloßen sich im Wesentlichen dem Vorredner an; so betonte Herr Niemann noch, daß die Schuld an den Maßregelungen auch vielfach den Mitgliedern selbst zuzuschreiben ist, durch Nichthochhaltung der Prinzipien und Ausbändigung der Bücher an den Arbeitgeber zur event. Kennzeichnung des Inhabers. Die Herren Dietrich und Blaurack beifügte u. u. die Abhaltung von monatlichen Versammlungen; dieselben sind der Meinung, daß dadurch die Mitglieder der Prinzipien der Kasse mehr kennen lernen und letztere an Ansehen gewinnt. Dagegen erklärten sich die Herren Krieg und Heintze; nach deren Ausführungen liege durchaus kein Bedürfnis vor, es müßten dann erst, abgesehen von dieser öffentlichen Versammlung, welche den klaren Beweis liefert, die Quartalsversammlungen bedeutend besser besucht werden; so lange dieses nicht geschehe, könne man für das Gewünschte nicht eintreten in einer solchen Zeit, wo es so viel Versammlungen giebt, welche den regelmäßigen Besucher überwohlt in Anspruch nehmen. Nachdem folgende Resolution: „Die heute im Suggenhagen'schen Saale tagende öffentliche Maurerverammlung möge beschließen, daß sämtliche Maurer Berlins mit aller Kraft dahin streben, daß sie alle der freien Hilfskassen angehören,“ einstimmig angenommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Forderungen der Müßelpolizei Berlins sind gegenwärtig, wie in einer am 18. d. Mts. im Lokale des Herrn Henste, Landsbergerstr. 87, abgehaltenen Versammlung des Verbandes der Müßelpolizei Berlins und Umgebend festgelegt worden, in 192 Beschlüssen bewilligt worden, während 71 Beschlüssen mit der Bewilligung noch ausstehen. In dieser Versammlung hielt der Stadtverordnete Heindorf einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Werth und Wesen des Streiks. Der Vortragende griff zurück in die Zeit des Mittelalters und wies nach, daß damals im Durchschnitt auf 10 Arbeiter ein Arbeiter kam, späterhin auf einen Arbeitgeber ein Arbeiter, während heute auf einen Arbeitgeber 12 Arbeitnehmer kommen. Damals konnten die Arbeitnehmer mithin nicht durch

